# alhambra zeitung und programm

März / April 2010

# alhambra
## - grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

**Hermannstraße 83 26135 Oldenburg**
**Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489**
**e-mail: alhambra@alhambra.de**
**www.alhambra.de**

**Spendenkonto:**
**LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397**

# zeitung
## -unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

**Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder.** V.i.S.d.P.: F. Kischer

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

# INHALT

**Editorial** 1
**Kurzmeldungen** 2

antifa
**Dresden: Ein voller Erfolg!?** 4

freiräume
**Rote Flora: Unverträglich glücklich** 6

internationalismus
**Die vergessene Opposition** 10

knastkritik
**Mit der Ideologisierung des Gefangenen abrechnen** 13

antirassmus
**Mit der Mafia gegen Migranten** 16

klima
**Kopenhagen – Alles nur (militanter) Zirkus?** 20

# editorial

„Juhu“, möchten wir schreien, „Dresden war erfolgreich“! Über 10000 Menschen haben sich den Nazis in den Weg gestellt und so den größten Naziaufmarsch Europas verhindert. Einen ausführlichen Bericht findet ihr auf Seite 4.

Die Rote Flora in Hamburg ist eines der wenigen besetzten Zentren in der BRD. Nun kommt offenbar wieder ein wenig Bewegung in die Diskussion um eine mögliche Räumung. Die Rote Flora hatte daher am 13. Januar zu einer Vollversammlung geladen, um eine mögliche Kampagne zu diskutieren. Wir drucken auf Seite 6 ein Diskussionspapier zu dieser VV ab. Positiv fanden wir, dass der Text nicht auf eine – oft sehr selbstbezogene – „wir-kämpfen-um-unseren-Freiraum“-Kampagne setzt, sondern die Diskussion um eine mögliche Räumung in die Umstrukturierungen im Schanzenviertel und in ganz Hamburg einbettet und damit an andere zur Zeit in Hamburg laufende Kämpfe um Stadtumstrukturierung anknüpft – hier sei auch noch mal ausdrücklich auf den Schwerpunkt „Recht auf Stadt“ in unserer letzten Ausgabe verwiesen!

Auch in Oldenburg gibt es einige Baustellen, die sich unter dem Label „Recht auf Stadt“ oder „Wem gehört die Stadt“ zusammenfassen lassen, auch wenn das bisher in Oldenburg leider viel zu wenig passiert. So ist seit Monaten klar, dass bezahlbarer Wohnraum in Oldenburg immer knapper wird; die Stadt hält aber lieber weiter an ihrem Yuppi-Projekt „alter Stadthafen“ fest und vertreibt damit die Wagenburg von ihrem jetzigen Standort und OB Schwandner freut sich auch noch, dass das Handelsblatt Oldenburg zum Geheimtipp für Immobilienspekulationen kürt. Fast schon lustig sind die zaghaften Bemühungen der Stadt (und der NWZ), das seit 2007 vor sich hin gammelnde Wallkino, dessen Besitzer offensichtlich keinerlei Interesse an einer Nutzung zeigt, vor dem Verfall zu retten. Da wird von „Eigentum verpflichtet“ gelabert und über eine eventuell mögliche Enteignung spekuliert. Während auf der einen Seite Millionen in Prestigeprojekte gepumpt werden, ist bezahlbarer Wohnraum der Stadt scheinbar egal – der zieht ja auch nicht die gewünschte kreative Elite an.

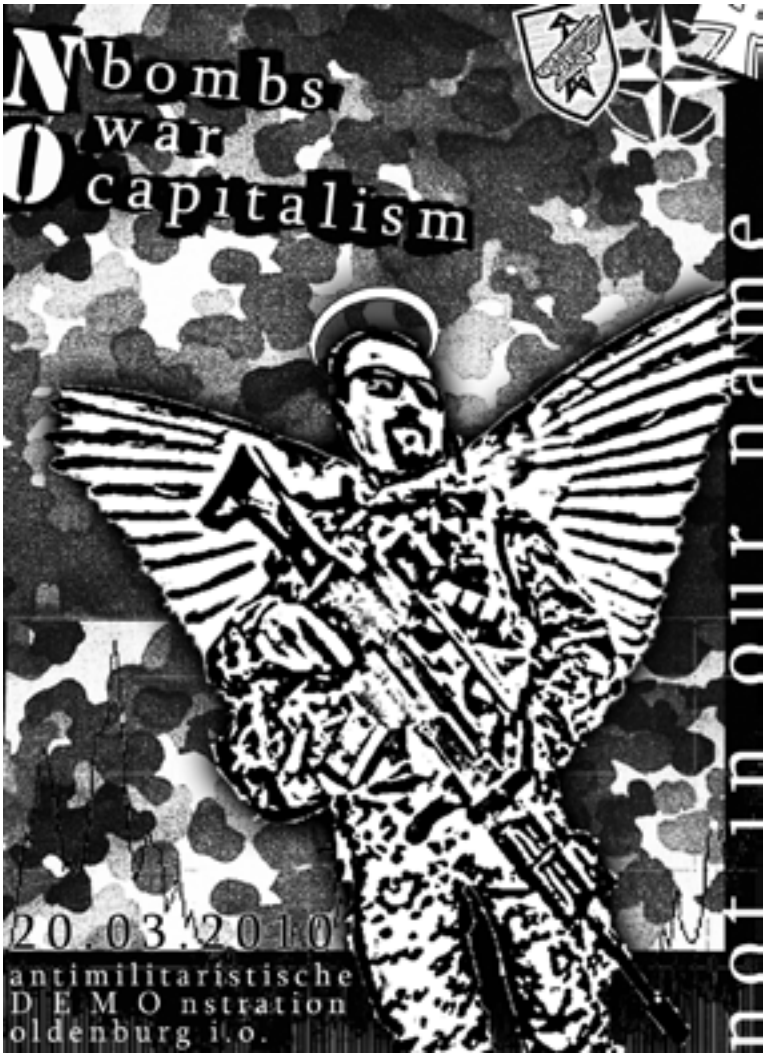
Die Proteste im Iran sind in den letzten Monaten fast vollständig aus den Mainstream-Medien verschwunden. Der Widerstand gegen das Regime ist seit letztem Sommer jedoch nicht leiser geworden. Vor kurzem jährte sich die zum 31. Mal der Februaraufstand im Iran. Um einen differenzierten Blick auf die (gegenwärtige) Linke im Iran und im Exil darzubieten, drucken wir ein Interview mit Golroch Jahangiri (S. 10) ab.

Endlich regt sich auch mal wieder antimilitaristischer Widerstand in Oldenburg. Anlass dafür ist die Verlegung von 1100 Soldat_innen der Luftlandebrigade 31 nach Afghanistan. Daher gibt's am 20. März eine Demo.

Seid nicht traurig über die dünne Ausgabe – wir sind's schon, das reicht!

Und glaubt bloß nicht, dass wir jetzt über das miese Wetter der letzten Wochen heulen... Rafft euch lieber auf, macht nette Sachen und lasst euch vor allem nicht erwischen!

Eure Alhambra-Redaktion



**Abschiebelager Blankenburg wird geschlossen**
***Oldenburg*** Das Abschiebelager Blankenburg wird zum 30. Juni 2011 geschlossen. Dies ist das Ergebnis einer über zweijährigen finanzpolitischen Debatte der niedersächsischen Landesregierung. »Aus humanitären Gründen bin ich für die Schließung«, so Oberbürgermeister Schwandner, welcher sich mit dieser Äußerung einmal positiv von so einigen anderen absetzte, welchen die Lebensqualität der dort zwangsuntergebrachten Flüchtlinge am Arsch vorbeizugehen scheint. Während sich so Gesellen wie der CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Oldenburg/Ammerland Thomas Kossendey, der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Krogmann oder auch Jürgen Meerbothe von der Gewerkschaft Ver.di lediglich um die Arbeitsplätze der knapp 70 ZAAB-Mitarbeiter_innen sorgen und versuchen, die mit der Schließung des Lagers einhergehende kommunale Unterbringung einiger hundert Asylbewerber_innen als Horrorszenario darzustellen, sorgt sich Schwandner stattdessen um eine angemessene Unterbringung. Manchmal ist er also doch zu vernünftigen Überlegungen fähig. Die Oldenburger Linkspartei forderte als Reaktion auf die Bekanntmachung der Schließung des Lagers eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber_innen in Oldenburg. Der in der heutigen ZAAB und dem Bundesamt vorhandene Personalbestand soll dafür genutzt werden, ein Konzept der dezentralen Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt zu verwirklichen. (regentied)

**Verfassungswidrige HartzIV-Regelsätze**
***Oldenburg/Karlsruhe*** Am 09.02.2010 hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den HartzIV-Regelsätzen verkündet. Die Bemessung der Regelsätze seit der Einführung von HartzIV im Januar 2005 für Erwachsene und Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ist verfassungswidrig und verstößt gegen den Artikel 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot der Verfassung, die ein menschenwürdiges Leben garantieren sollen.
Jeder Mensch hat das Recht auf die Befriedigung eines materiellen Existenzminimums und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher, politischer und kultureller Teilhabe. Dieses Recht wird seit 2005 durch die HartzIV-Gesetzgebung für mehr 8 Millionen Menschen, darunter 1,7 Mio. Kinder, nicht gewährleistet.

Das Verfassungsgericht hat nicht die Aufgabe, die konkrete Höhe dieses soziokulturellen Existenzminimums festzulegen, wohl aber verlangt es ein transparentes, am tatsächlichen Bedarf orientiertes und empirisch gestütztes Verfahren zur Festlegung dieser Beträge.

Der Bundesregierung wirft das Gericht vor, diese Beträge zum Teil willkürlich, ins Blaue hinein und ohne methodische und empirische Fundierung festgesetzt und fortgeschrieben zu haben. Die Fortschreibung der Regelsatzhöhe nach der Entwicklung der Renten nennt das Gericht systemfremd und verfassungswidrig. Ebenso fehlen in den Regelsätzen atypische, aber fortwährende und unabweisbare sowie kinderspezifische Bedarfe.

Die Bundesregierung wird verpflichtet, bis zum 31.12.2010 die entsprechenden Gesetze zu korrigieren. Bis dahin sind die alten Regelungen anwendbar. Allerdings können bis dahin unabweisbare und fortwährende Bedarfe, die nicht in den Regelleistungen enthalten sind, geltend gemacht werden.

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) und der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßen das Urteil des Verfassungsgerichts als deutliche Ohrfeige für die Bundesregierung, der damit nachgewiesen wird, das Grundrecht von mehr als 8 Mio. Menschen auf eine menschenwürdige Existenzsicherung mehr als fünf Jahre missachtet zu haben.

Jetzt kommt es darauf an, bis zum Ende des Jahres dafür zu sorgen, dass eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Grundsicherung verwirklicht wird. Für die ALSO und den DGB bedeutet das eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes für Erwachsene und Kinder, aber auch die Verwirklichung eines gesetzlichen Mindestlohns in ausreichender Höhe, um die staatliche Subventionierung von Billiglöhnen durch HartzIV zu unterbin-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

den. (Presseerklärung der ALSO und des DGB-Oldenburg)

**Griechenland unter Zwangsverwaltung**

***Athen/Brüssel*** Aufgrund der drohenden Staatspleite Griechenlands diktiert die EU der griechischen Regierung Auflagen zu einem Sparprogramm in Form von neoliberalen Maßnahmen wie Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen und Einstellungsstop im öffentlichen Dienst. Gegen diese antisoziale Politik regt sich breiter Widerstand in der griechischen Bevölkerung. An einem landesweiten 24stündigen Ausstand Anfang Februar beteiligten sich mehr als 75 Prozent der Angestellten im öffentlichen Dienst und folgten damit dem Aufruf ihres Gewerkschaftsdachverbands ADEDY. Behörden, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen blieben geschlossen, in den Krankenhäusern wurden nur Notfälle behandelt. Da auch die Fluglotsen streikten, stand der Luftverkehr von und nach Griechenland still. Zehntausende demonstrierten trotz strömenden Regens in mehreren Städten, darunter in Athen und Thessaloniki. Um dem geplanten Sozialabbau wirkungsvollen Widerstand entgegen zu setzen riefen alle griechischen Gewerkschaften für Ende Februar zum Generalstreik auf.

**Hungerstreik von Flüchtlingen**

***Bayern*** Vom 26. Januar bis 14. Februar traten 16 Flüchtlinge in den niederbayrischen Abschiebelagern Hauzenberg und Breitenberg (Landkreis Passau) in einen Hungerstreik. Darüber hinaus verweigerten sie die Annahme von Essenspaketen. Mit dieser Protestform wehren sie sich gegen das Arbeitsverbot und den insgesamt unerträglichen Lebensbedingungen in den Abschiebelagern und fordern die Bewegungsfreiheit für ganz Bayern sowie die Ausgabe von Bargeld statt Essenspakete. Am 14. Februar haben die Flüchtlinge ihren Hungerstreik nach drei Wochen vorerst ausgesetzt. Trotzdem geht der Protest weiter: die Flüchtlinge verweigern weiterhin die Annahme der Lebensmittelpakete. Für die Zeit des Essenspaketeboykotts organisiert ein Bündnis verschiedener Gruppen aus Passau und München eine Notversorgung der Flüchtlinge.

**Schüsse auf die alte Meierei**

***Kiel*** In der Nacht zum 20. Januar 2010 wurden mit einer Schusswaffe mindestens zwei Schüsse auf den Wohnbereich der Alten Meierei abgegeben. Dabei durchschlugen die Projektile ein Fenster und trafen die Decke des beleuchteten Zimmers. Eine Person, die sich zeitgleich in dem Raum aufhielt, blieb unverletzt.

Die Alte Meierei in Kiel ist als linkes Wohn- und Kulturprojekt ein zentraler und bekannter Ort für antifaschistische und emanzipatorische Politik in der Landeshauptstadt. Bereits in den vergangenen zwei Jahren kam es in Kiel neben der Zunahme propagandistischer Neonazi-Aktivitäten immer wieder zu Angriffen auf tatsächliche und vermeintliche linke, alternative und migrantische Läden, Projekte und Personen, die nachweislich von Kieler Neonazis begangen wurden. Im Unterschied zu den vergangenen Taten wurden im jüngsten Fall jedoch keine Steine in Fensterscheiben geworfen oder Personen zusammengeschlagen, sondern mit scharfer Munition auf das Fenster eines bewohnten Hauses geschossen.

Auch wenn die konkreten Täter_innen bisher unbekannt geblieben sind, ist angesichts der früheren Vorfälle und dem Symbolwert der Alten Meierei davon auszugehen, dass diese im Umfeld der neonazistischen Szene zu suchen sind. Dass mit den Schüssen auf die Alte Meierei bewusst in Kauf genommen wurde, Menschen tödlich zu verletzen, stellt eine neue Qualität von Angriffen auf linke Projekte in Kiel dar. Hierfür gilt es in der Stadt ein Bewusstsein zu entwickeln und einen angemessenen Umgang zu finden.

Sollten sich die Vermutungen bezüglich der Täterschaft verfestigen, ist der jüngste Angriff auf die Alte Meierei ein weiteres Beispiel dafür, dass antifaschistische Arbeit und Solidarität mit den Betroffenen eine Notwendigkeit bleibt, denn gemeint sind alle Menschen, die nicht in das menschenfeindliche Weltbild der Neonazis passen. (alte meierei)

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

# Dresden: Ein voller Erfolg!?

**Das Vorspiel...**
Wie in den Jahren zuvor, wollten auch dieses Jahr Neonazis aus Deutschland und mehreren europäischen Ländern in Dresden aufmarschieren um einen „Trauermarsch“ abzuhalten. Anlass ist dabei die massive Bombardierung Dresdens im Februar 1945 durch alleierte Bomberverbände, bei der etwa 25 000 Menschen ihr Leben verloren.

Sie versuchen dabei die Geschichte in ihrem Sinne umzudeuten, sprich sie blenden das mörderische Treiben der Nationalsozialist_innen, die Entfesselung eines Weltkrieges, der von Deutschland ausging und den millionenfachen systematischen Massenmord an den europäischen Jüd_innen mal eben aus und heulen rum, dass die Deutschen ja auch ganz doll Opfer waren in diesem Krieg. Dass dieser Geschichtsrevisionismus und sowieso der größte Naziaufmarsch Europas, der sich in den letzten Jahren in Dresden entwickelt hat nicht geduldet werden kann, war auch dieses Jahr wieder Anlass für viele Menschen aus der ganzen BRD, um sich dem Protest in Dresden anzuschließen und den Nazis einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Im Vorfeld des Aufmarsches gab es zum Einen das übliche rechtliche Hickhack, bei dem sich die Nazis insofern durchsetzen konnten, als das sie einen Aufmarsch und eine Route durch das eher links geprägte Dresdner Neustadtviertel genehmigt bekamen. Zum anderen hatten Politik, Staatsanwaltschaft, Polizei und Medien nix besseres zu tun als den antifaschistischen Widerstand durch Verbote von Kundgebungen, Durchsuchungen, Beschlagnahme von Plakaten und Einschüchterungsversuchen der „linken Krawallmacher“, zu kriminalisieren. Es wurde geradezu ein Bürgerkriegsszenario für den 13.2. heraufbeschworen inklusive der Ankündigung das erste Mal Pfefferkugeln gegen Demonstrant_innen einzusetzen.

Die Nazis tönten derweil in mehreren Internetforen, sie würden diesmal mit 8-10 Tausend Teilnehmer_innen den größten Naziaufmarsch seit 1945 auf die Beine stellen. Die Polizei rüstete sich und karrte, wie im Nachhinein bekannt wurde, ca. 7 200 Bullen aus der ganzen Republik inklusive Wasserwerfern und Räumpanzern bis zum Abwinken nach Dresden.

**Der Tag selbst...**
Wie aus vielen anderen Städten, fuhren

auch aus Oldenburg zwei Busse schon Freitagnacht in Richtung Dresden los. Die Anreise war anstrengend, aber wie für das Gros aller, die sich ins selbsternannte „Florenz der Elbe“ aufgemacht hatten, recht ereignislos.

Wieder Erwarten konnten selbst größere Konvois von Bussen ohne Vorkontrollen bis in die Neustadt fahren und dort unbehelligt aussteigen. Hatten die Bullen noch am Freitag erklärt, sie würden eine strikte räumliche Trennung zwischen Nazis und Gegendemonstrant_innen vornehmen, konnte mensch selbst mit ein paar hundert Leuten unbehelligt bis zu den verabredeten Blockadepunkten um den Neustädter Bahnhof, dem Sammelpunkt der Nazis, und auf ihre Route gelangen. Dies taten dann im Verlauf des Tages auch etwa 10 000 Menschen aus unterschiedlichen Spektren, um den Nazis zu zeigen das wir sie nicht lieb haben. Drei große Punkte an strategisch wichtigen Orten auf der Route und der Albertplatz, ein zentraler Punkt in Neustadt wurden von jeweils 1 000 bis 4 000 (jeweils vom Autor nach Augenmaß geschätzt und nachher von anderen Menschen bestätigt) Leuten besetzt und auch den gesamten Tag gehalten werden.

Die Nazis trudelten im Laufe des späten Vormittags in größeren Gruppen bis 2 000 Pappnasen, vor allem mit Buskonvois aber auch mit der Bahn, ein. Die Bullen waren hierbei sehr zurückhaltend und begleiteten diese Gruppen teilweise noch nicht einmal zu ihrem Auftaktkundgebungsort. So kam es immer wieder zu Begegnungen zwischen kleineren und größeren Gruppen von Nazis und Antifas.

Durch die Größe der Veranstaltung und das dadurch entstehende Gewusel ist eine umfassende Analyse schwierig. Fest steht das immer wieder Busse und Autos von Nazis angegangen wurden. Auch größere Gruppen Faschos waren immer wieder Angriffen mit Steinen und Flaschen ausgesetzt und der eine oder andere Kamerad wird sich auch in ein paar Wochen noch eindrücklich an Dresden erinnern... Barrikaden, größer und kleiner flammten immer mal wieder um die Route herum auf, die Bullen griffen dann doch hier und dort ein, die Blockade der S-Bahngleise wurde unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray weggeprügelt.

Den ganzen Nachmittag über standen sich dann die etwa 6 400 Faschos, die den Bahnhofsvorplatz erreicht hatten, die Beine in den Bauch. Die Bullen verboten ihnen aufgrund der Sicherheitslage einen Aufmarsch durchzuführen und trotz Rumgeheule und eines absolut armseligen Ausbruchsversuchs stand um 17 Uhr fest, der Aufmarsch ist verhindert. Jubel brach unter den Blockierer_innen aus und endlich konnte sich mensch nach einem anstrengenden und arschkalten Tag die Eisklumpen an den Beinen, genannt Füsse, aufwärmen gehen und einen Kaffee trinken, bevor es wieder nach Hause ging.

**Die Offiziellen...**

Wie in den letzten Jahren auch wollte die Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden und diverse Hanseln aus den Ratsfraktionen nix mit bösem Blockier_innen und konkreten Strategien zur Verhinderung des Aufmarsches zu tun haben. Stattdessen organisierten sie eine Menschenkette mit mehreren tausend Teilnehmer_innen um die Altstadt (wo die Nazis niemals hingekommen wären) um so ihr „stilles Gedenken“ zum Ausdruck zu bringen. In den Medien wurde im Nachhinein des öfteren der Eindruck erweckt, diese habe den Aufmarsch gestoppt, was natürlich blanker Unsinn ist, aber so sind sie halt die lieben Medien.

**Das Nachspiel...**

Auf der Heimfahrt veranstalteten mehrere kleinere Nazikonvois in fünf sächsischen Städten noch spontane Frustaufmärsche unter anderem in Leipzig und Gera. Dort griffen sie das örtliche SPD-Büro an und zerstörten einen Teil der Einrichtung. Eine anwesende Person konnte sich zum Glück verstecken bis der Spuk vorbei war. Größere direkte Auseinandersetzungen blieben soweit bekannt aber aus.

**Was vom Tage übrig blieb...**

Tja, was bleibt zu sagen. Im Großen und Ganzen hat das Blockadekonzept funktioniert. Es haben sich erfreulich viele Menschen daran beteiligt und die Nazis durften nicht marschieren.

Es war aber deutlich zu merken, das die Bullen sich gegenüber den Gegendemonstrant_innen sehr zurückhielt. Es wäre ihnen durchaus möglich gewesen , wie das in anderen Städten auch des öfteren schon passiert ist, den Aufmarsch durchzuprügeln. Mit massiven Vorkontrollen hätte ein so massives „Einsickern“ und die meisten Blockaden verhindert werden können. Es ist also zu vermuten, das es von der Polizeiführung ein ganzes Stück weit gewollt war, wie der Tag dann verlaufen ist. Auch die geringe Anzahl von Ingewahrsamnahmen (ca. 20) spricht dafür.

Trotzdem ist ganz klar, die Nazis durften nicht marschieren, sie haben den ganzen Tag lang deutlichen Gegenwind verspürt, ihre Mobilisierung ist weit hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben und sie mussten frustriert nach Hause fahren. Trotz vielleicht des einen oder anderen faden Beigeschmacks war dieser Tag ein Erfolg für den antifaschistischen Widerstand. Bleibt abzuwarten wie es sich in den kommenden Jahren entwickelt, dieses Jahr war ein erfolgversprechender Anfang.

# Rote Flora: Unverträglich glücklich!

## Widerstand und Perspektiven der Roten Flora

In den letzten Monaten zeichnet sich in immer stärkerem Maße ein möglicherweise bevorstehender Angriff auf die Rote Flora ab. Dies kommt für uns nicht überraschend, sondern ist u.a. eingebunden in die fortgeschrittene Umstrukturierung und Gentrifizierung des Schanzenviertels. Wir haben weder Angst noch Panik vor einer Bedrohung der Roten Flora. Wir sehen darin vielmehr die Möglichkeit für eine Neubestimmung stadtpolitischer Kämpfe im Floraumfeld und die Chance für die Entwicklung einer breiten Protestbewegung.

**Phäntomenale Zustände**

Die Ursprünge der Roten Flora liegen in der Verhinderung des Musicalprojektes „Phantom der Oper" im Schanzenviertel. Nach dem weitgehenden Abriss des ursprünglichen Flora-Theaters wurde die zerstörte Bauruine 1989 als Stadtteilkulturzentrum besetzt. Anschließende Vertragsverhandlungen wurden Anfang der Neunziger Jahre von Seiten der Stadt ohne Ergebnis abgebrochen. Im Jahr 1995 zerstörte ein Großbrand das Dachgeschoss und den gesamten ersten Stock. Mit großem Aufwand wurden diese massiven Schäden anschließend behoben. Als die Stadt 2001 erneute Verhandlungen anbot, wurden diese nach einer mehrmonatigen Diskussion rund um das Projekt abgelehnt. Einerseits wurde festgestellt, dass es ohne das Engagement der Nutzer_innen die Substanz des Hauses längst nicht mehr gäbe, andererseits sah man die gewachsene kulturelle und politische Praxis durch vertragliche Regelungen und Gängelungen bedroht.

**»Theres not enough room to swing a cat« Roberto Benini in »Down by law« beim Betreten einer Gefängniszelle**

Dabei ging es vor allem auch um ein politisches Symbol der Verweigerung in Zeiten, in denen repressive Mitwirkungspflichten und die städtische Vertreibungspolitik eskalierten. Wer hier lebt, hat sich auch an die Regeln zu halten, lautet bis heute die Devise. Die sollen irgendwo in der Mitte der Gesellschaft verborgen sein. Einem Ort an dem sich niemand wirklich befindet, der lediglich eine totalitäre Verdichtung des Lebens und der Menschen auf einen Punkt bedeutet. Es kann allerdings sehr einfach und befreiend sein, „Nein" zu sagen und seine Energien statt in überflüssige Verhandlungen, in konstruktive Dinge wie die Organisierung von Protest, Veranstaltungen oder Konzerte zu lenken. Da eine Räumung dem Senat zu dieser Zeit als politisch nicht durchsetzbar schien, wurde nach der Ablehnung von Vertragsverhandlungen, um sich aus der Affaire zu ziehen, das Gebäude aus städtischem Besitz an einen privaten Investor verkauft. Investor Kretschmer wurden gleichzeitig bis März 2011 zahlreiche Auflagen erteilt, das Gebäude keiner anderen Nutzung als der eines Stdatteilzentrums zuzuführen und mögliche Gewinne eines Verkaufs der Stadt zurück zu erstatten. Trat dieser anfangs mit der üblichen gönnerhaften Haltung eines Kunst- und Kulturmäzens in Erscheinung, änderte sich dieses Auftreten, je näher die magische Linie von 2011 rückte. Inzwischen formuliert er ganz offen seine Absicht, auf den Betrieb des Hauses Einfluss nehmen zu wollen, bringt sich und seine Vorstellungen zur Flora in der Presse ins Gespräch und versucht, die Praxis des Zentrums als gescheitert darzustellen. Aber Kretschmer hat in Wirklichkeit weder etwas zur Roten Flora noch sonst etwas zur politischen Diskussion beizutragen.

Er ist lediglich ein vom Senat eingesetzter Märchenprinz als virtueller Besitzer eines Luftschlosses: Einer Flora, die nicht mehr kollektiv besetzt und autonomer Veranstaltungsort, sondern befriedetes Eigentum sein soll. Ebensogut könnte man die Elbe und das schlechte Wetter an einen privaten Investor verkaufen. Das Haus ist seit vielen Jahren ein Ort der Kommunikation und wird von mehreren hundert Menschen als Zentrum genutzt. Der Investor ist weder Regenmacher noch Besitzer der Roten Flora. Er kennt das Projekt lediglich aus der Zeitung und hat dort seit 10 Jahren „Hausverbot". Zu keinem Zeitpunkt wurde irgendeine Form von Gespräch geführt. Jedenfalls wenn man seinen kurze Zeit nach dem Kauf abgebrannten PKW nicht als nonverbale Kommunikation zählt.

**Für einen gesellschaftlichen Begriff der Stadt und der Verhältnisse!**

Die Flora vertrat von Anfang an die Position, dass sich mit dem Verkauf des Hauses nichts am Status Quo geändert hat. Das Gebäude blieb besetzt und der Konflikt wurde nach wie vor als einer um das Verständnis von Gesellschaft und Stadt betrachtet. Privatisierungen und der Rückgriff auf privatwirtschaftliche Standortinteressen gelten als stadtentwicklungspolitische Allzweckwaffe, um sich gesellschaftlicher Verantwortung und Begriffen von Teilhabe und Kollektivität zu entziehen. Der Ursprung des Konfliktes um die Rote Flora ist kein isoliertes Ereignis, sondern die Folge einer von vielen erfahrenen strukturellen Gewalt, mit der die Städte durchökonomisiert, zu anschlussfähigen Produktions- und Konsumräumen für Marktinteressen werden. Die Vertreibung von Drogenkonsument_innen und ärmeren Bevölkerungsschichten geht damit ebenso einher wie die Kontrolle und Überwachung des öffentlichen Raumes.

Die Flora ist entstanden im politischen Widerspruch zu Standortinteressen. Sie ist in ungewollter Form selbst zu einem kreativen Standortfaktor geworden und wurde im Laufe der Zeit von dieser Entwicklung wieder über-

holt und zum Störfaktor. Sie gehört heute zur Marke, dem gefühlten Flair des Stadtteils und wird von Investoren und Stadtplaner_innen gleichzeitig als „Fremdkörper" beschrieben. Dieses ambivalente Verhältnis, eine Mischung aus Tourismusmagnet, heimlicher Affaire der Handelskammer und Hassobjekt bürgerlicher Gesellschaftsvorstellungen zu sein, prägt die Rolle der Flora. Es wurde vom Projekt dabei nicht auf eine selbstintegrative Karte oder das Wohl des Standortes gesetzt.

Im Rahmen der Drogenverbotspolitik und polizeilichen Vertreibungen wurde bewusst eine Haltung entgegen ökonomischer Interessen oder Forderungen etablierter Anwohner_innen eingenommen. Wurde Ende der Neunziger das Projekt von vielen Anwohner_innen aufgrund dieser Haltung eher kritisch gesehen, so hat sich dieses Bild nach der Einverleibung des Stadtteils durch den Bezirk Altona und einer sich weiterdrehenden Gentrifizierung schlagartig geändert. Die Flora wird derzeit vor allem als positiver Bezugsfaktor für Kämpfe von Anwohner_innen gegen Mietsteigerung, Vertreibung oder die Verschlechterung der Lebensverhältnisse durch die städtische Politik empfunden. Wir sehen das Projekt daher weder isoliert noch als ungebrochenen Teil des Stadtteils. Wir sind uns jedoch einer breiten Solidarität im Falle einer Räumung sicher und fühlen uns gerade aufgrund unserer ebenso ambivalenten und untaktisch ehrlichen wie notwendigen Positionierungen gut aufgestellt.

Das Schanzenviertel ist für uns kein homogener Ort eindeutiger Interessen, die Flora deshalb auch kein Ausdruck der gesellschaftlichen Schnittmenge im Stadtteil oder gar der Mehrheitsinteressen im Bezirk. Dies ist auch gar nicht unser Anspruch! Das Themenfeld der Stadt ist größer, als die Schanze und die daran anknüpfenden Fragen stellen sich globaler, als sie im lokalen aufzulösen wären. Für uns bedeutet Stadtteilpolitik eine parteiliche Bezugnahme und Intervention für gesellschaftliche Gruppen, die im öffentlichen Diskurs abgehängt werden und gegen die Bedingungen vor Ort, die dies begünstigen! Einen „Viertelpatriotismus" als kleingesägte Form eines Standortnationalismus lehnen wir dabei als Teil einer Figur ab, die lediglich neue ideologische Munition für Vertreibung und Ausgrenzung liefert. Für uns gilt es stattdessen, die Widersprüche um uns herum über limitierende Begriffe hinaus in Szene zu setzen und zu thematisieren. Sich zu vernetzen und punktuelle Auseinandersetzungen um den öffentlichen Raum möglich zu machen. Nicht die vermeintliche Unveränderbarkeit der Verhältnisse zum Ausgangspunkt unseres Blickwinkels werden zu lassen, sondern unser Bedürfnis nach radikaler Veränderung. Eine Perspektive für eine grundsätzliche Infragestellung des Systems gesellschaftlicher Werte und Normen.

**Pick up your fights!**

Die Verweigerung eines Standortwettbewerbs, die Ablehnung der Reduzierung der Stadt als Verhältnis kapitalistischer Konkurrenz zu anderen Metropolen und Regionen ist für uns ein zentraler Ansatz für eine Kampagne, an die auch andere Projekte von St. Pauli Süd über Berlin nach Kopenhagen und Barcelona mit eigenständigen Inhalten anknüpfen können. Eine Fokussierung auf den Investor entpolitisiert den Konflikt zur privatwirtschaftlichen Auseinandersetzung. Stattdessen gilt es, die Thematik Stadt, Stadtteil, Vertreibung und die Frage, wie leben wir hier, ins Zentrum zu rücken. Scheißegal, ob Kretschmer formaler Besitzer der Flora ist, wir sehen uns in einem politischen Konflikt mit dem Senat und stellen die Frage nach dem Gesellschaftsbegriff. Stadt bedeutet für uns Plätze für Menschen auf der Straße, Orte der Heimlichkeit und des Versteckspiels. Hafenstädte waren schon immer Orte der Durchreise, Menschen die ankommen, auf dem Weg sind, untertauchen und wieder auftauchen. Wir wollen keine überwachte und regulierte Topographie der Stadt, in der dies alles nicht mehr möglich ist.

**Wie entsteht Bewegung?!**

Die Rote Flora steht für mehr als die Mauern und Steine oder die Gruppen aus dem Haus. Mit der VV wollen wir daher allen, die sich als Umfeld verstehen oder sich positiv auf das Projekt beziehen, die Möglichkeit schaffen, sich zu einem frühen Zeitpunkt an der politischen Auseinandersetzung um das Gebäude zu beteiligen und einzubringen.

Die Flora ist von ihrem Selbstverständnis ein autonomes und linksradikales Zentrum, versteht sich aber auch als spektrumübergreifendes Projekt, das von und durch die politischen Bewegungen um sie herum gefüllt wird. Der Kampf um die Flora kann deshalb nicht isoliert auf diese oder als symbolischer Konflikt um das Gebäude als Institution geführt werden. Stattdessen ist es notwendig, die Bedrohung als politische Chance zu verstehen, die Diskurse um Stadt und Gesellschaft zuzuspitzen. Es geht uns nicht darum, das Gebäude als „Mahnmal" autonomer Politik und Geschichte zu erhalten oder als reines Veranstaltungszentrum, sondern als

lebendigen Motor von kultureller Verunsicherung, Protest, Kritik und unterschiedlichen Widerstandsformen.

Wenn wir die Flora im Hinblick auf 2011 verteidigen wollen, dann müssen wir jetzt damit beginnen! Nicht erst wenn die Polizei vor der Tür steht, ist der Moment gekommen, das Projekt mit seinem gesamten physischen Gewicht in die Wagschale der Konfrontation um den städtischen Raum zu werfen. Internationale Vernetzung, die Erfahrungen von besetzten Projekten in anderen Ländern und Städten ist dabei ebenso wichtig wie aktuelle Bewegungsmomente vor Ort. Wir wollen uns nicht auf die Ausgangspunkte der eigenen vier Wände und Befindlichkeiten, der Situation im Stadtteil, der Stadt oder BRD beschränken, sondern einen gesellschaftlichen Blick und Anknüpfungspunkte über diese Grenzen hinaus entwickeln. Die Entwicklung von Kritik an einer neoliberalen und autoritären Formierung in Europa bietet politische Zielsetzungen für grenzüberschreitende Widerstandsperspektiven.

Dies alles ist kein widerspruchsfreier Raum. Das Gängeviertel steht für eine andere inhaltliche Praxis als die Mobilisierung gegen das Bernhard-Nocht-Quartier, die Rote Flora tickt anders als das Gartenkunstnetz zwei Straßen weiter. Alles andere würde auch kaum unseren unterschiedlichen Ausgangspunkten oder auch den abweichenden Identitäten um das Projekt selbst entsprechen. Die Flora und ihr Umfeld sind kein „wir", sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Identitäten. Dennoch überschneiden sich politische Vorstellungen, treffen wir uns auf Demos und sind gemeinsam von den sich wechselnden Konzepten der wachsenden, kreativen oder einer sonst wie gemanagten Stadt betroffen.

Ein solidarischer Umgang stellt nicht die eigene Situation in den Vordergrund, sondern das Verhältnis, das Begehren und den Wunsch nach Aneignung. Es ist nicht entscheidend, ob ein Projekt oder Zentrum Verträge hat, Miete bezahlt oder städtische Gelder erhält, sondern wie es sich positioniert. Es gibt Überschneidungen vom Kampf um die Flora, zu Obdachlosen oder Drogenkonsumentinnen, die Räume brauchen, zu den Migrant_innen, die illegalisiert hier leben und Jugendlichen, die überall stören, wo sie nicht konsumieren. Solche Bezüge reichen über die Stadt hinaus zu anderen Orten und über Grenzen hinweg.

Wer in Köln, Erfurt, Berlin, Kopenhagen, Barcelona oder Rio de Janeiro um ein Haus kämpft, wird vermutlich eine andere Ausgangssituation haben. Aber die Kritik an einer Verwertbarkeit des öffentlichen Raumes, der Kampf um Anwesenheit und Sichtbarkeit in der Gesellschaft, die Legitimität hier zu sein, auch ohne die Norm zu erfüllen, teilen wir als Kern unserer Unruhe.

**Wie entwickelt sich Widerstand?**

Die Geschichte der Flora ist geprägt von praktischen Interventionen und auch ein Kampf um deren Erhalt wird solche Formen annehmen. Die militante Verteidigung wird z.B. ein wesentlicher Aspekt unmittelbar vor und nach einer Räumung sein. Dies wird, wie auch andere Formen der Solidarität, kein Selbstläufer sein, sondern muss sich jenseits von Verbalradikalität entwickeln. Die Erfahrungen dafür lassen sich aus der Praxis aktueller Kämpfe von anderen Projekten oder Politikfeldern ziehen. Allen muss klar sein: Die Räumung der Roten Flora kann nicht militant verhindert werden, sondern lediglich politisch! Wir werden eine „militärische" Auseinandersetzung immer verlieren. Unser Kampf bleibt ein symbolischer, ist der Versuch den Preis hochzutreiben und Widersprüche angreifbar und damit greifbar zu machen.

Wer über die Organisierung von Aktionen, Demos oder Straßenschlachtszenarien die politische Bestimmung außer Acht lässt, entwaffnet sich als Bewegung selbst. Kritik ist die Grundlage jeder Praxis. Inhalte und eine Vorstellung von Gesellschaft müssen Gradmesser über Sinn und Unsinn von z.B. militanten Aktionen sein. Energie gilt es in Bezug auf die Flora derzeit deshalb nicht in unbestimmten Aktionismus zu stecken, sondern in Kommunikation, überregionale und lokale Vernetzung, Diskussion und Step-by-Step praktische Intervention in bestehende Kämpfe.

Militanz bedeutet nicht den Stein der Weisen zu entdecken, sondern sich selbst mit dem Gewicht des Diskurses und der eigenen Unsicherheit in die Auseinandersetzung zu werfen. Militanz ist clever, erfindet sich neu und ist besser nicht dort anzutreffen, wo man sie erwartet. Sie trägt nicht nur schwarze Kapuzenjacken, sondern auch mal Anzug und Krawatte, um an verbotene Orte zu kommen oder einfach nur umsonst zu essen beim Buffet im Luxushotel. Militanz spiegelt sich in Parolen, Farben und Plakaten von den Wänden, bricht Türen auf und besetzt Häuser. Scherben, so heißt es, bringen Glück und nach jenem war schließlich auch schon Herr Rossi auf der Suche.

Wer Militanz stattdessen zum Feuerschein reduziert und als solchen fetischisiert, statt Brennpunkte politischer Intervention zu setzen, richtet sich in der heimeligen Lagerfeuerromantik einer Identitätspolitik ein, die das Gegenteil von Bewegung meint. Wer Militanz zur heiligen Kuh erklärt und meterweit vor sich herträgt, hat weder die Hände

frei zum Werfen noch den Blick frei auf die Verhältnisse.

**Eckpunkte einer Kampagne?!**

Uns interessiert, wo wir Bedingungen und Verknüpfungen für die Möglichkeit politischer Interventionen herstellen können. Der Kampf gegen Sexismus, Antisemitismus, Rassismus oder Nationalismus, das selbstkritische Bewußtsein von diesen Macht- und Herrschaftsstrukturen durchwoben zu sein und dieses Verhältnis zum Gegenstand und Ausgangspunkt zu machen, ist für uns ein untrennbarer Bestandteil einer Kampange für den Erhalt der Flora. Das, wofür wir Postionen ergreifen und die Verhältnisse im Alltag, denen wir uns verweigern wollen, stehen für uns im Zentrum dessen, was wir mit der Flora verteidigen wollen. Wir kämpfen nicht für Nischen und Freiräume, sondern wir kämpfen gegen gesellschaftliche Normen, die uns in solche zwingen. Nischen, dunkle Ecken und Freiräume sind wichtige Rückzugsorte und Ausgangspunkte, aber wenn wir sie zum Gegenstand selbst erklären, erliegen wir denselben Fehlern wie die Alternativbewegung der siebziger Jahre. Es gibt kein richtiges Leben im falschen! Wir halten im Zusammenhang mit der Flora einen politischen Fokus auf einen Freiraumbegriff als zu dünn für eine Kampagne, die uns über den Tag hinaus bringen soll. Strukturell sind unsere Selbstorganisierungsmodelle nicht automatisch im Widerspruch zum herrschenden Alltag, sondern bieten ironischerweise Andockflächen für neoliberale Argumentationen. Kultur ohne staatliche Förderung, unbezahlte soziale Aktivitäten als Dienst an der Gesellschaft, Selbstversorgung und Mitwirkungspflicht, alles Dinge, die von Ökonomen eingefordert werden. Da heißt es aufpassen, nicht ungewollt zum Vorbild einer deregulierten Vorstellung von Gesellschaft gemacht zu werden.

Besetzte Häuser und autonome Zentren sind wichtige Erprobungsfelder kollektiver Alltagsorganisierung und widerständischer Vernetzung. Aber frei sind wir deshalb noch lange nicht und innerhalb von vier Wänden werden wir dies auch nicht werden. Wir bewegen uns tagtäglich in Widersprüchen und alles, was wir an Gegenentwürfen in Freiräumen entwickeln, ist verwoben mit dem Bestehenden und wird aufgesogen, wie ein Schwamm das Abwaschwasser vom Spülbeckenrand in den Abguss befördert. Wir fordern, wenn schon, die ganze Stadt als Freiraum. Wir haben keine Lust, morgens zur Arbeit gezwungen zu werden, um abends als Kund_innen für die Freizeitindustrie bereit zu sein. Zweimal Kurzurlaub im Jahr und ansonsten bei jedem Schritt und Tritt überwacht für den behaglichen Stillstand der Verhältnisse.

Wir machen keinen Beliebtheitswettbewerb und schielen auch nicht funktionalisierend auf irgendwelche Massen. Wir sind gleichzeitig aber in notwendiger Weise offen für andere Sichtweisen und Vorstellungen. Wer um und mit für die Flora kämpft, muss unsere Blickwinkel nicht unbedingt teilen. Wir sehen in einer Kampange jenseits unserer Positionen in der Roten Flora vielmehr ein Forum für andere eigenständig formulierte politische Ziele und weitere Projekte, die sich auf eigene Weise manifestieren können. Ein Konfliktraum für temporäre Bewegungsmomente, der über ein primäres Ziel oder vereinnahmbare Eindeutigkeiten hinausgeht und das Ganze zum Thema macht.

**Solidarität statt Repression!**

Wir halten es für wichtig, Repression in Kampagnen von vorne herein solidarisch mitzudenken. Die letzten Jahre waren geprägt von zunehmender Überwachung, polizeilicher Aufrüstung und der Zuspitzung autoritärer Sicherheitskonzepte. Wurden soziale Bewegungen mit dem Arsenal der Terrorismusbekämpfung kriminalisiert. Werden nun Sachschäden bei politischen Aktionen gezielt dramatisiert und als Gefährdung von Menschenleben hochgespielt. Was hat man davon zu halten, wenn Steinwürfe derzeit als legitimer Grund für scharfe Schüsse der Polizei herhalten sollen, wenn theatralische Ermittlungskonstrukte aufgebaut werden und in den Medien gar die Gefahr der Renaissance eines bewaffneten Kampfes heraufbeschwört wird? Wir erleben zur Zeit nicht nur aufblühende Proteste gegen Bildungsabbau oder die städtische Politik, sondern als Gegenbewegung auch eine Sehnsucht nach autoritären Werten und Normen, die Gesellschaft nicht mehr als Ausgangspunkt, sondern als Gefahrenquelle denkt. Die präventiv polizeiliche Ausnahmezustände und Kontrollinstrumente dagegen setzt, die Protest als eine Grundlage emanzipatorischer Weiterentwicklung delegitimieren will und stattdessen einen respektvollen Untertanengeist einfordert.

Es ist für uns auch eine Form der Kritik gesellschaftlicher Gewaltformen, wenn das Hauskollektiv des Ungdomshuset sich gegen eine Räumung mit Barrikaden verteidigt, andere militärisches Gerät für Auslandseinsätze unbrauchbar machen oder wieder andere durch Glasbruch auf Gentrifizierung und Vertreibung aufmerksam machen. Wir finden wichtig, dass sich politische Bewegungen dabei nicht durch bleierne Konstrukte oder Totschlagargumente der inneren Sicherheit spalten lassen. Wir sind solidarisch mit Betroffenen von Repression und allen, die sich vermummen, um der Welt ein Gesicht zu geben.

**Wir lassen es drauf ankommen!**

Die Räumung der Roten Flora wäre ein existentieller Angriff auf autonome Strukturen in Hamburg und darüber hinaus. Der Versuch, unsere Strukturen zu zerschlagen und die 20jährige Widerstandsgeschichte des Projektes abzuwickeln. Wir werden weder warten, bis sie vor der Tür stehen, um auf die Barrikaden zu gehen, noch friedlich unserem Schicksal entgegensehen. Es gibt genügend Möglichkeiten und Gründe, sich in unterschiedlichen Konfliktfeldern einzubringen und linke Kritik und Praxis weiterzuentwickeln. Wir wollen weder integriert noch an die Kette gelegt werden und dieses Bedürfnis ist legitim: Wir sind das »UFO im Stadtteil«. Das schwarze Loch im öffentlichen Raum. Die Stadt wird uns nicht los, weil wir ein Teil dessen sind, was das Leben selbst ist.

# Die vergessene Opposition

## Ein Interview mit Golroch Jahangiri über die iranische Linke

**Die Proteste im Iran sind nicht zu bändigen. Anfang Dezember gingen erneut tausende Studierende in Teheran und anderen Universitätsstädten auf die Straße. Golroch Jahangiri wurde 1980 als linke Oppositionelle im Iran verhaftet. Ihr gelang die Flucht aus dem Gefängnis und nach Deutschland. Seit 1991 arbeitet sie für das Archiv für Forschung und Dokumentation Iran ADIF in Berlin, das heute die größte systematische Sammlung von Dokumenten der internationalen Exilopposition beherbergt. Golroch Jahangiri ist außerdem Sängerin der Gruppe Looli, die Texte über Folter und Widerstand in den iranischen Gefängnissen vertont. Mit ihr sprach Beate Seiders über blinde Flecken der iranischen Linken, Frauenprotest im Iran und das politische Dilemma der Exil-Opposition.**

***ak: Mohssen Massarrat beklagt in einem offenen Brief die geringe Unterstützung der Proteste im Iran durch die deutsche Linke. Erlebst du das auch so?***

Golroch Jahangiri: Ja. Wir haben eine paradoxe Situation. Man konnte noch nie aus dem Ausland so viel Einfluss nehmen, wie heute durch das Internet. Als wir damals gegen den Schah gekämpft haben, war im Ausland der Teufel los, und wir haben nichts davon mitbekommen. Heute, wo im Iran alles registriert wird, gibt es kaum Unterstützung. In Gesprächen höre ich, Ahmadinedschad sei ein Antiimperialist und kämpfe gegen die USA. Dann sage ich, das sind die Nazis auch. Was soll das? Andere vermissen konkrete Forderungen. Aber wir alle sind unvorbereitet. Die gesamte Exilopposition ist von der Entwicklung überrascht worden.

Trotzdem hätten wir vielleicht mehr um Unterstützung werben müssen, mitteilen, was wir aus dem Iran erfahren. Zum Beispiel wie wichtig die Bilder von internationaler Solidarität sind und die Pressemeldungen, die zeigen, dass die Proteste im Ausland wahrgenommen werden. Jede Solidaritäts-Kundgebung, ob in Marseille oder Mannheim, geht durch die Mailinglisten und kommt aus dem Iran als Nachricht wieder hierhin zurück. Es macht ihnen Mut und es ist auch ein Schutz.

Shadi Sadr zum Beispiel, eine Aktivistin, die wegen Rädelsführerschaft verhaftet wurde, berichtet, dass sich die internationale Unterstützung sogar auf die Verhörsituation auswirkte. Es gab in vielen Ländern Solidaritäts-Aktionen nach ihrer Verhaftung. Vor allem die Exil-Frauenbewegung ist international gut vernetzt. Sadr wurde schließlich entlassen und konnte nach Deutschland ausreisen. Dafür haben wir Beziehungen genutzt, mit Amnesty gearbeitet. Wir waren beim Auswärtigen Amt. Ich denke, wenn wir mehr Unterstützung auf der Straße gehabt hätten, hätten wir nicht ausgerechnet die um Hilfe bitten müssen, die im Iran ihre Wirtschafts-Interessen verfolgen.

***Aber es gibt doch eine sehr große Exilgemeinde. Wo sind die Leute alle?***

Vor 12 Jahren forderte die Rafsandschani-Regierung alle, die keine Straftaten begangen haben, auf zurückzukommen. Es gab keine Gesetzesänderungen, keine Amnestie; manche wurden verhört, andere sogar verhaftet. Trotzdem sind viele Leute zurückgegangen oder wollen sich die Option offen halten oder doch zumindest zu Besuchen hinfahren. Das ist verständlich - wer hätte gedacht, dass wir so lange im Exil bleiben müssen? Aber es ist eine große Niederlage für die Exil-Opposition, die weit reichende Folgen hat. Nehmen wir Berlin: Früher kamen einige hundert zu Kundgebungen der Exil-Linken. Seit es die neuen Reisemöglichkeiten gibt, sind es regelmäßig nur noch etwa 70. Wenn du reisen willst, darfst du zwei Jahre vorher nicht politisch auffallen. Manche kennen dich plötzlich nicht mehr, so stark wirkt die Kontrolle. Am Anfang der aktuellen Proteste waren 5 000 ExilantInnen auf dem Kudamm. Spontan. Dann blieben sie weg. Jede und jeder muss sich entscheiden: in den Iran fahren oder politisch aktiv sein.

***Das heißt, auch von ExilantInnen kommt nur noch wenig Unterstützung.***

***Wer ist überhaupt noch aktiv?***

International die größte Organisation sind die Volksmujaheddin als islamische Opposition. In der Linken sind es Volksfedayin-Mehrheit und die Tudeh-Partei. Ich selbst bin Teil eines bundesweiten Netzwerks von Leuten, die früher in linken, meist ML-Organisationen waren, viele Frauengruppen und in Berlin der Verein iranischer Flüchtlinge. Wir haben große politische Differenzen, sind uns aber einig in der Ablehnung der islamischen Republik.

***Wer in der Linken unterstützt denn die islamische Republik?***

Die Tudeh-Partei und die Volksfedayin-Mehrheit haben in den ersten Jahren mit dem Regime zusammengearbeitet und sich durch Denunziationen auch an der Verfolgung der anderen Linken beteiligt. Seit 1982 wurden auch sie verfolgt; bei der großen Hinrichtungswelle 1988 hatten sie unter den Linken die meisten Opfer zu beklagen. Nun sind wir sozusagen im Exil vereint. Das ist eine belastende Situation. Wir müssen damit leben, dass ein Teil der Linken sich am Regime und an der Verfolgung anderer beteiligt hat. Selbstkritik oder eine Reflexion der Vergangenheit hat es bisher nicht gegeben, so dass eine Zusammenarbeit kaum möglich ist. Nur einmal ist es den Frauen gelungen, sich organisationsübergreifend zu vernetzen.

Auch die inhaltlichen Konflikte bestehen weiter: Unsere Parolen wie „Nieder mit der islamischen Republik" oder „Das System ist nicht reformierbar" werden von Volksfedayin-Mehrheit und Tudeh-Mitgliedern scharf kritisiert. Sie sind im klassischen Sinn massenopportunistisch, argumentieren, das Volk wolle die islamische Republik, und denken, das System sei so reformierbar, dass sie sich wieder an der Macht beteiligen können. Dabei war es von Anfang an antikommunistisch. In den kleinen Städten wurden schon im ersten Jahr alle Kommunisten umgebracht und linke Bücher verbrannt. Wir haben das damals nicht begriffen. Meine Organisation Peykar, auch marxistisch-leninistisch, war nach zwei Verhaftungswellen Anfang der 1980er Jahre schon fast vollständig zerstört. Trotzdem meinte ein Flügel weiterhin, im islamischen Regime den Antiimperialismus erkennen zu können. Über 500 Mitglieder meiner Organisation wurden ermordet, hauptsächlich SchülerInnen und StudentInnen.

***Es gibt also neben den üblichen Differenzen zwischen Gruppen zwei Faktoren, die die Exilopposition schwächen: die Erpressbarkeit durch das Reiseangebot und das Misstrauen durch den historischen Verrat.***

Ich sehe außerdem noch einen anderen Punkt, der die gesamte Opposition schwächt. Das ist die nicht tot zu kriegende Nebenwiderspruchsthese.

Die Linke ist nicht in der Lage, die Bedeutung der Frauenunterdrückung zu begreifen. Sie ist eine der zentralen Säulen des Regimes. Hijab und Tschador (1) sind politische Mittel, um die ganze Gesellschaft zu kontrollieren. Jeder Mann ist verantwortlich für die Ehre „seiner" Frauen, kontrolliert sie und wird dabei selbst kontrolliert.

Früher hieß es, der Imperialismus sei der Hauptgegner; heute heißt es: Die Leute sterben, wir können später darüber reden. Im Iran kämpfen Frauen auch um diese Inhalte. Viele Frauen gehen auf die Straße. Sie sind sehr gut organisiert über subtil arbeitende virtuelle Netze. Sie versuchen, ihre Parolen in die Demonstrationen einzubringen, aber sie werden ignoriert.

***Wie ist das Verhältnis zur jüngeren Exilgeneration?***

Wir Frauen haben viel mit den Jüngeren zu tun. Es gibt einen regelmäßigen Austausch, zum Beispiel bei den jährlichen Treffen der Frauengruppen. Heute findet der Kontakt auch in gemischten Treffen statt, weil sich die jungen Frauen anders organisieren als wir. Sie haben Interesse an unserer Geschichte, obwohl sie hier aufgewachsen sind und ein ganz anderes Leben führen.

Mit jungen Leuten, die jetzt ins Exil kommen, ist es oft schwieriger. Manche greifen uns Alte heftig an. Sie meinen, in der Schah-Zeit sei alles besser gewesen, und wenn wir nicht daran gerührt hätten, gäbe es das heutige Regime nicht. Das höre ich auch am Telefon von Verwandten im Iran. Es gibt keine Geschichtsbearbeitung, die Erlebnisse verblassen oder werden verdrängt. Es ist erschreckend, dass es im Iran nicht einmal das Wissen über die Schah-Zeit gibt. Noch weniger Wissen gibt es über die Opposition danach. Aber wenn du kein geschichtliches Bewusstsein, keine Erinnerung hast, wiederholst du die Geschichte.

Wir wurden doppelt ausgelöscht, ermordet oder vertrieben und im Land totgeschwiegen. Als wir in Berlin das Exil-Archiv gründeten, waren wir eine mündliche Generation. Nichts war von uns übrig geblieben. Inzwischen gibt es viel gesammeltes Material, es gibt Romane und Erzählungen. Aber vieles davon nur im Ausland.

***Denkst du, dass sich das durch die neuen Kommunikationsmittel ändern***

***könnte? Die aktuelle Repressionserfahrung wäre ja ein Anknüpfungspunkt.***

Wir hoffen das, obwohl wir keine direkte Kontaktmöglichkeit haben. Es hat sich auch etwas Wesentliches verändert: Als wir 1979/80 verfolgt, auf offener Straße ermordet oder misshandelt wurden, wollte uns niemand hören. In den Jahren danach hat sich niemand mehr getraut, darüber zu sprechen. Aber dieses Mal ist es anders. Alle sehen die Handy-Aufnahmen, die youtube-Filme und es ist das erste Mal, dass im Iran öffentlich über Folter und systematische Vergewaltigungen gesprochen wird.

***Wenn du sagst, das System ist nicht reformierbar, was hältst du dann davon, dass so viele Leute Mussawi unterstützen? Muss es nicht Reformen geben, damit überhaupt eine Opposition entstehen kann?***

Mussawi, Rafsandschani, Karrubi - alle, die jetzt als Oppositionelle gehandelt werden, sind Vertreter der iranischen Republik, deren Verfassung alle Regierungsgewalt auf die absolute Macht des obersten religiösen Führers zurückführt. Keiner von ihnen stellt das in Frage. Auch das Rechtssystem und die Geschlechterordnung stellen diese Leute nicht in Frage. Sie sind Teil davon.

Unter Mussawi als Premierminister begannen die systematische Folter und Hinrichtungen in den 1980er Jahren. Er war auch einer der Verantwortlichen für die große Hinrichtungswelle 1988. Er hat nie Kritik daran geübt, nicht einmal die Tatsache öffentlich anerkannt.

Unter Chatami, der von 1997 bis 2005 Staatschef war, war viel von Öffnung die Rede. Anfangs wurde tatsächlich die Presse freier, und es entstanden ein paar NGOs. Doch die NGOs wurden schnell zu halbstaatlichen Institutionen, und die neuen Zeitungen wurden wieder verboten. Es hieß damals: Unterstützt die Reformer, dann wird es mit der Zeit schon werden. Viele, die heute im Iran demonstrieren, sagen es ähnlich: Wir haben die Wahl zwischen schlecht und schlechter. Ich denke, sie sind in erster Linie auf die Straße gegangen, weil sie Nein zu Ahmadinedschad sagen, und dann, weil sie dachten, dass sich dadurch vielleicht etwas ändert.

***Was heißt das für die Einschätzung der aktuellen Kämpfe?***

Es gibt viele Diskussionen darüber unter uns im Exil. Die einen sagen, es muss ganz schnell ein revolutionärer Umsturz kommen, sonst schlagen sie die Bewegung nieder. Aber wer soll die Macht übernehmen? Es gibt niemanden. Wie soll eine Gesellschaft plötzlich frei werden, in der Menschen dreißig Jahre lang von allen Seiten kontrolliert wurden?

Viele sind schuldhaft darin verstrickt, nicht nur die Regimeanhänger. Bei jeder öffentlichen Hinrichtung, bei jeder Steinigung sind tausend Menschen da, die zusehen, Männer mit Kanistern, die gerne als erste die Leiche anzünden wollen. Das sind ganz normale Leute. Sie sind Teil des Regimes geworden. So funktioniert diese Despotie. Jeder einzelne Mann hat viele Möglichkeiten, vom Regime zu profitieren. Sie erben zwei Drittel, ihre Schwestern ein Drittel. Sie können vier Ehefrauen haben; die Zeitehe hat die Prostitution auf eine Art und Weise zur Lebensform erhoben, die es sonst nirgends gibt. Es gibt kein Regime, das so verhasst ist bei der Bevölkerung, aber trotzdem so gut regieren kann.

Ich denke, das braucht Zeit. Unsere Aufgabe hier ist es, alles dafür zu tun, dass die, die den Mut haben, dort auf die Straße zu gehen und zu kämpfen, möglichst viel Öffentlichkeit und damit Schutz bekommen. Wir sehen, dass es weiter geht. So einfach ist das nicht mehr zu beenden.

Anmerkung:

1) Das Tragen der religiös begründeten Körper- und Kopfbedeckungen Hijab und Tschador ist seit der islamischen Revolution für Frauen staatlich vorgeschrieben. Viele Frauen unterlaufen die Vorschriften, indem sie betont lässige Varianten dieser Kleidungsstücke wählen.

*geklaut aus: ak 545*

# Mit der Ideologisierung des Gefangenen abrechnen

## Zu offensiven Perspektiven zurueckfinden

**Für Revolutionäre mag es trivial erscheinen einmal mehr auf die Frage des Gefängnis im engeren Sinne zurückzukommen. Unsere Erfahrungen und unsere Überlegungen sind besiedelt von Berichten jener, die dort in der Vergangenheit gekämpft haben oder Gefährten, die sich dort regelmäßig aufhalten. Durch unsere Beteiligung an Kämpfen wir auch, dass der Schatten des Gefängnis für jene, die gegen die Macht in all ihren Formen kämpfen, eine permanente Bedrohung ist. Abgesehen von diesen Aspekten, die uns direkt betreffen, drängen die jüngsten Veränderungen des Gefängnis uns dennoch dazu, nocheinmal kurz auf diese Frage zurückzukommen.**

### Die massenhafte Inhaftierung als Verwaltungsform

Das Gefängnis ist in erster Linie ein expansives, immer komplexeres und umfangreicheres Instrument, das eine enorme Anzahl Individuen verschlingt; oft sogar jenseits der Taten, die sie begangen haben könnten. Wir leben in einer Zeit massiver Inhaftierungen, in der europaweit Baustellen für Gefängnisstrukturen aller Art aus dem Boden schießen, während von einer Anzahl überbevölkerter Gefängnisse zu einer anderen, noch viel beträchtlicheren, übergegangen wird. Lasst uns klarstellen, dass es in diesem Prozess nicht bloß die reellen Mindestdauern der Langzeitstrafen sind, die in die Höhe schießen (25, 30 Jahre und mehr), sondern, dass sich auch der Spielraum dessen, was erlaubt ist, verkleinert und sich die Liste der Delikte verlängert: Immer mehr Taten und Verhaltensweisen fallen unter das Strafgesetz, während die kleinen Strafen immer öfters Haft bedeuten. Kurzum, man endet immer öfters im Loch, nicht aufgrund von Taten, sondern aufgrund dessen, was man ist: Internierungszentrum, weil man die erforderlichen Papiere nicht besitzt, psychiatrische Anstalt, weil man « abnormales » Verhalten aufweist, Polizeigewahrsam, weil man arm ist, in einem Quartier, wo Tag und Nacht Sperrstunde herrscht, Gefängnis, weil man sich in einer unruhigen Situation verdächtig verhält, usw. Zur gleichen Zeit und um das Werk zu vollenden, büffeln ganze Armeen von fleißigen Soziologen und Juristen an «alternativen Strafen» herum, die ermöglichen das Gefängnis nach Hause zu bringen und somit die Anzahl Personen, die « für eine Strafmaßnahme in betracht kommen » zu vergrößern.

Unter solchen Umständen wäre es eine zumindest beschränkte Behauptung, dass das exponentielle Anwachsen der Anzahl Menschen, die durch die Kerker des Staats gehen, automatisch an das Anwachsen einer Konfliktualität gebunden ist, die in Schach gehalten werden muss, oder, dass es sich um eine Präventionsmaßnahme des Staates handelt, in Anbetracht kommender Unruhen. Es ist eine Methode des Zwangs, gewiss, aber es ist auch eine Methode der Verwaltung und manchmal sogar der Produktion, die sich, sowie andere auch, in ständiger Umstrukturierung befindet.

### Über die Verfeinerung der Folter

In unseren Demokratien, die so gerne Lektionen über Freiheit geben, funktionieren die Gefängnisse nach dem Abbild dessen, was draußen abläuft. Sie sind eine Waffe in den Händen der Mächtigen, die es ermöglicht, die Ausbeutung zu gewährleisten. Denn diese letztere beruht einerseits auf der Akzeptierung der Lohnarbeit, um an Geld zu kommen, oder sogar einer Zustimmung zu dieser besonderen Form von Arbeit und andererseits auf der Angst vor Bestrafung, die jegliche Aktivität betrifft, die ermöglicht der Gewalt der Lohnarbeit zu Entgehen; Angst auf einen Schlag das Wenige, das man angesammelt hat, zu verlieren, von seinen Angehörigen getrennt und eingesperrt zu werden. Die Kontrolle über die Körper und Geister dient außerdem dazu, uns davon zu überzeugen, dass die kleinsten Fehltritte bekannt sind und Gefahr laufen böse zu enden. Dies verstärkt die Angst und neutralisiert die Neigung nach einer Revolte, die den simplen Protest übersteigen würde.

Auf gleiche Weise beruht die Gefängnisverwaltung ihrerseits auf der Integration der Norm und der Grad an Resignation bestimmt das Einschließungsregime. Im Gefängnis – wo das Gefühl der brutalen Repression ausgeliefert zu sein stärker und die Kontrolle noch direkter ist – gehen diese Regime mit subtileren Mechanismen einher, die über den traditionellen Deal « du bleibst ruhig und wir lassen dich in Ruhe » hinaus gehen (die beiden Terme des Tausches, durchaus variabel in ihrer Geometrie, weiten

sich natürlich über die Gesamtheit der Umgebung aus). Dies ist nichts Neues, in Berichten von Sträflingen aus aller Welt finden sich Beispiele von exemplarischen Strafen gegen Widerständige, während die Folgsameren auf die anderen Druck ausüben, damit alles « zum Besten » verläuft; die Praxis der Balance* kann dazu verhelfen, sich bessere Überlebenschancen zu sichern.

Ohne erneut auf die Reformen eingehen zu wollen, womit die Geschichte des Gefängnis gespickt ist, kann man feststellen wie sich, besonders in unseren Breitengraden, das Spiel von Zuckerbrot und Peitsche verfeinern konnte. Während sich die Zunichtemachungsmethoden perfektionierten, (auf die Einzelzelle und die Prügel folgten spezielle Isolationsregime, manchmal mit Entzug der Sinneswahrnehmungen...), hat auch das Gewähren von gewissen Verbesserungen, meistens als Reaktion auf Revolten und Meutereien, zur sozialen Befriedung innerhalb der Mauern beigetragen. Drinnen sowie draußen beschränkt sich die Kontrolle nicht schlicht auf die immer ausgeklügelteren Überwachungseinrichtungen. Sie beruht auch auf dem, was man zu verlieren hat und dringt noch viel tiefer in die Intimität eines jeden ein: Der Fernseher (abgesehen von der generelle Verdummung, die er induziert), die verschiedenen Drogen (unbeachtet der Verwüstung die sie bewirken), die sozial-medizinischen Untersuchungen oder die aktive Teilnahme am System – meistens durch Arbeit – um Hafturlaub oder vorzeitige Entlassung zu erreichen, sind ebenso Erpressungsmittel für gutes Verhalten. So tritt der Wärter in jenem Moment aus seiner strikten Rolle als Peiniger und Schlüsselträger heraus, wo er zu dem wird, der die Haftbedingungen etwas verbessern kann. Und zwar nicht weil gegen ihn gekämpft wurde, sondern weil sein Spielchen der tausend kleinen Privilegien mitgespielt wurde. So kommt es, dass man, durch das immer mehr an seinen Feind gebundene Einrichten des eigenen Käfigs, manchmal vergisst, dass je länger die Leine wird, desto enger sich auch das Halsband zieht.

Letztendlich hat auch die Erschaffung einer zunehmenden Zahl unterschiedlicher Statuten viel zum Zerfall von dem Bewusstseins einer Bedingungs- und Interessensgemeinschaft beigetragen, auch wenn dies nicht der einzige Faktor dafür ist. Auch hier ist das Gefängnis nichts anderes als das konzentrierte Abbild der Beziehungen, die draußen bestehen.

**Wandel und Mythos des «Gefangenen»**

Ohne weder die sozialen Beziehungen noch die Delinquenz von früher mystifizieren zu wollen, kann man doch nichts als die Ausbreitung der Warenherrschaft feststellen. Der große Erfolg des Kapitals liegt darin, dass es ihm innerhalb dreißig Jahren gelungen ist, seinen Horizont totalitär zu machen. Im Knast wird dies oft betrauert als das « Verschwinden der alten Ethik » (Gefangene gegen Wärter, deliktgebundene Hierarchie, Verweigerung jeglicher Form von Balance) zugunsten eines Dschungels von Allianzen, doch in Wirklichkeit ist diese Feststellung eine viel weitreichendere. Die Spannung zwischen den Klassen, die erlaubte, dem Kapital eine Gegenutopie zu entgegnen (im Allgemeinen basierend auf Gleichheit und Freiheit), hat sich in eine Rebellion gegen das Kapital, ausgehend vom Kapital verwandelt, diesmal jedoch mit seiner verschärften Reproduktion als einzige Möglichkeit. Ein Teil der Delinquenz, die sich früher inmitten einer starken sozialen Konfliktualität rund um den Produktionsapparat entwickeln konnte, ist im Wesentlichen Kommerz geworden und ist seither viel kompatibler mit den Erfordernissen der kapitalistischen Akkumulation, deren Werte sie reproduziert.

Es überrascht daher nicht, dass – im Gefängnis als auch sonstwo – die Händler, für die sich Komplizität in Handelsbeziehungen und Freundschaft in Zweckbeziehungen verwandelt haben, die Gewinn/Kosten-Logik übernehmen und bereit sind, an dem bestehende Dealersystem mitzuwirken.

In einer vermassenden und atomisierenden Gesellschaft, wo sich ein jeder mit der Ungewissheit konfrontieren muss, die mit der Enteignung in allen Bereichen des Lebens verbunden ist, ist es nicht weniger verwunderlich, dass sich die Lager immer mehr verfeinden und dass der Antagonismus immer mehr dazu tendiert ein Krieg aller gegen alle zu werden. Diese Kriegslogik stellt uns vor eine komplexe Situation: Menschen, die im sozialen Krieg gefangen wurden, jedoch vom Bürgerkrieg

**« Balance » ist ein umgangssprachliches Wort für die Praktik, Leute den Wärtern oder Bullen auszuliefern, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. zu verschaffen.*

geprägt sind, in dem sie aufwuchsen und zu dessen Aufrechterhaltung von überallher beigetragen wird.

Natürlich sind die kriminellen Beziehungen, die über die Warenlogik hinausgehen, oder sich dieser entziehen nicht vollständig verschwunden, doch dafür muss in einem Rechtssystem, das sich nach dem Abbild des Übrigen gestaltet, immer teurer bezahlt werden. Hier verhandelt man seine Strafe mittels eines Anwaltes und verkauft sich einem Richter. In einem solchen Kontext kriegen jene, die gegen die Autorität revoltieren und im Knast landen oder jene, die Langzeitstrafen absitzen müssen und es schafften ihre Wut zu bewahren, die Veränderung der sozialen Beziehungen in voller Wucht zu spüren: Es wird nicht nur immer schwieriger Komplizen zu begegnen, oft werden sie auch isoliert durch die Gefängnisverwaltung und durch anderen Häftlinge, die in ihnen eine potentielle Gefahr sehen.

Es geht hier selbstverständlich nicht darum, einstimmig mit der Macht zu behaupten, dass die Gefangenen schlimmer sind als andere (was absolut keinen Sinn macht), sondern darum, eine Umkehrung zu verhindern, die aus den Gefangenen auf eine homogene Weise Individuen macht, die zwangsläufig aufständischer sind als andere. Den Mythos des « rebellischen Gefangenen » über Bord zu schmeißen, bedeutet eine alte Vorstellung aufzugeben, nach der die Gefangenen an sich und als ganzes Subjekte sind, die dazu neigen Werte wie Emanzipation und Freiheit in sich zu tragen und das System radikal in Frage zu stellen.

Zweifellos sind im Knast Wut und Zorn präsent und verbreitet, ihr Ausdruck – wie radikal auch in seiner Form – trägt jedoch selten Inhalte und Perspektiven mit sich, die mit dem Bestehenden brechen. Im Allgemeinen stellt die Normalität der Herrschaft eine erdrückende Last dar (das Gewicht der Moral und der internen Hierarchien, die Befriedung, die dafür sorgt, dass nicht nach jedem Mord oder jeder Verprügelung eine Revolte ausbricht, und viel mehr noch, dass man nicht erkennt, dass es dabei um eine minimale Selbstverteidigung geht) und wenn in jedem Moment alles explodieren kann (sowohl beim Hofgang aufgrund einer Auseinandersetzung zwischen Gefangenen Gefangenen über Belanglosigkeiten, als mit den Wärtern bei den gewöhnlichen Streitereien während den Besuchszeiten) geschieht es oft, dass diese Explosion in alle Richtungen geht - was der Verwaltung sehr zu Gunsten kommt. Ganz wie in der Gesellschaft halt...

**Jedes Zeitalter verwüstet sein Käfig**

Es geht also nicht darum, die Konfliktualität, die innerhalb sowie außerhalb der Mauern bestehen kann zu leugnen, sondern darum, sich eher zu fragen, wie man diese verbreiten und vertiefen kann, als ihre Formen zu verherrlichen.

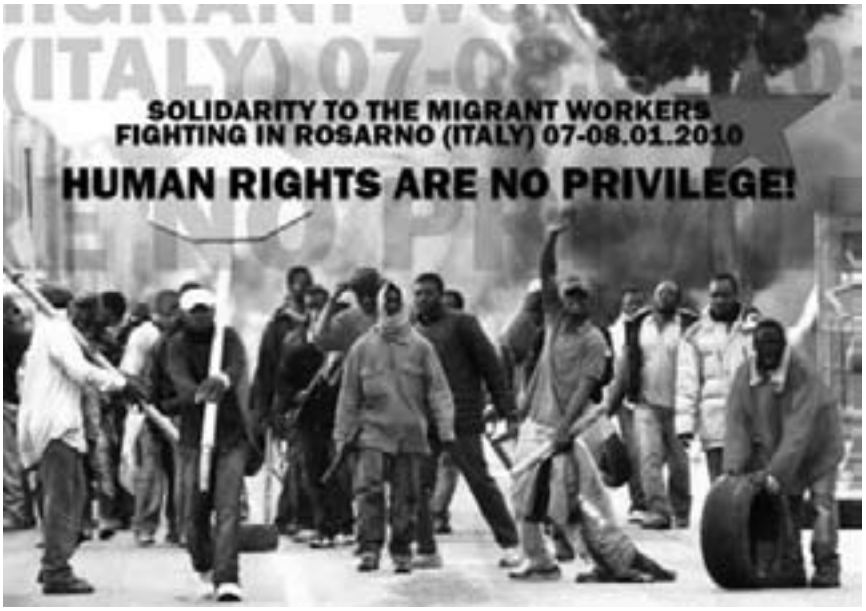
Der bedingte Reflex, der darin besteht, « die Gefangenen » bedingungslos zu unterstützen hat seine Grenzen bereits gezeigt, und zwar in dem Sinne, dass er die Widersprüche, die den Knast durchdringen verkennt und völlig ausklammert. Gelegentlich ist es vorgekommen, dass eine Solidarität mit kämpfenden Gefangenen auf sehr klaren Grundsätzen und Kontexten veranlasste, den eigentlichen Gefängnisrahmen zu übersteigen und die Gesamtheit der Gesellschaft und des System in Frage zu stellen, das die Gefängnisse nicht nur benötigt, sondern selbst zu einem geworden ist. Dennoch, sich auf diesem Terrain, das alle miteinschließt zu bewegen, darf keineswegs darauf hinauslaufen, abzuwarten was dort innerhalb der Mauern passiert, oder darauf, sich vor eine hypothetische Gefangenenbewegung zu stellen, um das anzugreifen, was überall bereits das Gefängnis repräsentiert. Das immense Gefängnis begreifen und analysieren, worin wir uns alle befinden und dessen Mauern im Alltag spürbar sind, müsste dazu beitragen einen gewissen Aktivismus zu vermeiden, der aus dem Gefängnis ein künstlich vom Rest getrenntes Thema macht.

Die notwendige Solidarität mit Individuen, mit denen uns Affinitätsbande verbinden und deren Kampf gegen diese Welt wir teilen, ist etwas selbstverständliches, doch es wird komplizierter, wenn es darum geht, aufgrund von Taten, die uns interessant erscheinen, zu intervenieren, deren Motivation wir aber nicht kennen. Eine der Grundlagen für Solidarität könnte also darin bestehen, den Kampf wirklich gegen alle Gefängnisse aufzunehmen, angefangen bei unserem, und gegen die Welt, die es produziert. Denn zu Kämpfen, um alle Formen des Einschließens zu zerstören ist heute nötiger denn je. Außerdem können die praktischen Perspektiven, die dies öffnet – der Kampf gegen die Domestizierung der Körper und Geister und die Käfige, die uns von allen Seiten aufgezwungen werden - ermöglichen die falsche Trennung zwischen Innen und Aussen zu überwinden und dabei die Verbindungen zwischen den verschiedenen Einschließungsformen zu machen, aber auch die Unterschiede, die sehr wohl Real sind, hervorzuheben: Zwischen dem, was die Herrschaft und die bestehende Ordnung stärkt und verfestigt und dem, was entgegen dem nach mehr Freiheit für alle strebt.

*aus A Corps Perdu Nr. 2*

# MIT DER MAFIA GEGEN MIGRANTEN

**Die Hetzjagd auf Tagelöhner in Italien nutzt der ‚Ndrangheta und der Regierung**




Schüsse aus einer Schrotflinte eröffneten vergangene Woche im italienischen Rosarno/ Kalabrien tagelange Übergriffe gegen afrikanische Migranten. Keine 72 Stunden später waren fast alle Saisonarbeiter aus dem kalabrischen Dorf weggeschafft worden oder geflohen. Nun werden die Hintergründe der Übergriffe offensichtlich: In Italien gehen auch Staatsanwälte von einer Beteiligung der ‚Ndrangheta aus, einer international agierenden Mafiaorganisation. Indes nutzt die Regierung das Pogrom, um ihre Null Toleranz-Politik gegenüber nicht autorisierter Migration zu stützen. Außenminister Frattini bereist afrikanische Länder, um mithilfe der Regierungen potentielle Billigarbeiter schon in ihren Herkunftsländern an der Ausreise zu hindern.

Nach Schrotflintensalven auf zwei afrikanische Saisonarbeiter hatten letzten Donnerstag mehrere hundert Migranten gegen zunehmende rassistisch motivierte Übergriffe und die Versagung grundlegender Rechte rebelliert. Rund 8.000 Arbeiter verdingen sich in der Region bei miserabler Bezahlung als Tagelöhner für die Ernte. Laut „Ärzte ohne Grenzen“ müssen sie für meistens nicht einmal 30 Dollar am Tag bis zu 18 Stunden arbeiten, Misshandlungen gehören zum Alltag. Ein Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM) berichtete, dass viele in den letzten drei Wochen nicht ausbezahlt worden seien.

Während Diskriminierungen in der Vergangenheit mit gewaltfreien Protesten beantwortet wurden, demolierten die Aufständischen diesmal Autos und Schaufenster, auf den Straßen wurden Reifen in Brand gesetzt. Polizei, Finanzpolizei und Carabinieri waren umgehend zur Stelle, Verstärkung aus der Regionalhauptstadt Reggio Calabria war ebenfalls zügig vor Ort, darunter eine Abteilung der Bereitschaftspolizei, Spezialisten der politischen Polizei Digos und der Kriminalitätspräventionsabteilung „Calabria“.

Zunächst wurde eine „Lageberuhigung“ mit Zwangsmitteln wie Tränengas durchgeführt, anschließend erfolgte laut Polizeibericht eine „Phase des Dialogs“ mit einer Delegation von Migranten, die erneut ihre jahrelang nicht erhörten Forderungen vortrug. Nachdem die Delegation erfolglos abziehen musste, flammten die Unruhen wieder auf, bis die Arbeiter nach erneutem Einsatz von Tränengas in zwei Fabriken, die als Behausungen dienten, zurückkehren mussten. Gleichzeitig tagte im Innenministerium ein Krisenstab, der die Bildung einer „Task Force“ unter Leitung des Innenministers Roberto Maroni, des Arbeitsministers Maurizio Sacconi und der Provinzverwaltung zur Bewältigung der Lage in Rosarno vorbereitete.

Am nächsten Morgen zogen nahezu alle 2.000 Wanderarbeiter aus der Umgebung vor das Rathaus, um erneut mit einer Delegation ihre Forderung nach der Wahrung ihrer Rechte und besseren Lebensbedingungen zu stellen. Am Morgen dieses 8. Januar sind alle Schulen und Geschäfte geschlossen, schon seit dem Vorabend bevölkern Gruppen von jungen Männern aus Rosarno die Straßen. Als die Migranten vorbeiziehen, schießt ein Mann zweimal in die Luft. Die fünfköpfige Delegation verlässt wieder ergebnislos das Rathaus. In den Straßen wächst die Spannung derweil minütlich. Mit den Rufen „Die Migranten aus Rosarno abziehen“ feuert der Lokaljournalist und Publizist Marcello Marzialetti die Bevölkerung

an, während im Rathaus nun die Task-Force des Innenministers tagt.

Draußen formiert sich derweil eine „Gegendemonstration" von Einheimischen, die in der Nähe der Schlafstätten Bewaffnete postieren. Zwei von der Arbeit heimkehrende Migranten treffen bald Schüsse in die Beine. Wenig später trifft es zwei weitere Tagelöhner, die durch Stockhiebe lebensgefährlich verletzt werden. Marzialetti tourt indes weiter mit dem Lautsprecherwagen durch die Stadt, von dem aus die Hetzjagd koordiniert wird: „Jeder Schwarze, der sich in Rosarno versteckt, soll abhauen. Wenn wir euch kriegen, töten wir euch!"

**„Für die sind wir wie Tiere"**

Roberto Galullo, Reporter von Il Sole 24 Ore, berichtet von Männern mit Eisenstangen, nägelbespickten Schlagstöcken, Molotow-Cocktails und Benzinkanistern. Die Schlafstätten der Migranten werden weiter von dem Mob belagert, der ihren Abzug fordert.

Über die Anzahl der Verletzten wächst die Unklarheit, am 10. Januar meldet der Polizeibericht aber mindestens 21 Migranten, 14 Einheimische, acht Carabinieri und zehn Polizisten. Sieben Migranten und drei Italiener wurden festgenommen, unter ihnen der Neffe eines Mafiabosses und zwei Männer, die mit einem Bagger und einem Auto versuchten Migranten zu verletzen.

Ein Video dokumentiert die Zeugenaussage eines 23-Jährigen aus Mali, der seit fünf Jahren in Rosarno arbeitete. Er bezeugt, dass ihn ein allem Anschein nach aus Rosarno stammender Mob auf den Kopf geschlagen hatte, als er auf dem Weg zur Arbeit war. Sein Arbeitgeber kam ihm zu Hilfe und rief einen Krankenwagen. Auf dem Rückweg zum Feld hatte ihn der Sohn seines Chefs angerufen, um ihn vor weiteren Übergriffen zu warnen. Tatsächlich wurde er kurz darauf auf seinem Fahrrad angegriffen und geschlagen.

Ein anderer Saisonarbeiter aus Ghana, der jedes Jahr mit regulärer Aufenthaltsgenehmigung zur Zitrusernte nach Rosarno kommt, beschreibt, warum die Migranten die täglichen Diskriminierungen nicht länger ertragen wollten: „Wir wollten keine Probleme. Als wir rausgegangen, um uns zu zeigen. Die Situation ist sehr schwierig, die Italiener sind Rassisten und sie behandeln uns wie Tiere". Der Verletzte beschreibt die paradoxe Situation, dass er zwar als Arbeiter benötigt wird, um für 20 Euro täglich Mandarinen und Orangen zu pflücken, bei seinen alltäglichen Verrichtungen demgegenüber regelmäßig diskriminiert und mit dem Tod bedroht wird.

Die Polizei beauftragt einen Pfarrer, die Arbeiter zur Flucht zu überreden, und versichert, dass niemand abgeschoben würde. Während Italiener das Rathaus in Rosarno besetzen und die endgültige Vertreibung der Afrikaner fordern, tagt erneut die „Task Force" des Innenministeriums und bereitet die „Evakuierung" vor. Saisonarbeiter, die nicht aus der Region geflohen waren, hat die Polizei unter den Augen der jubelnden und Beifall klatschenden eingeborenen Bevölkerung Rosarnos in Auffanglager in Crotone und Bari weggeschafft. Jene, die selbstbestimmt die Region verlassen wollten, mussten hierfür stundenlang mit der Polizei verhandeln und langwierige Kontrollen über sich ergehen lassen.

Die früheren Behausungen der Arbeiter wurden umgehend niedergerissen, die erste schon in den Morgenstunden des 10. Januar. Von den in den Auffanglagern eingetroffenen 324 Migranten haben 200 eine Aufenthaltsgenehmigung, sie dürfen das Lager allerdings erst nach einer Prozedur zur Identifikation verlassen. Die anderen wurden ins benachbarte Abschiebezentrum gebracht, wo sie bis zu 6 Monate festgehalten werden können. 14 weitere, die einer früheren Ausweisungsverfügung nicht Folge geleistet hatten, wurden verhaftet. Innenminister Maroni kündigte im Parlament an, dass er den zehn in Rosarno verletzten Migranten eine „Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen" schenken wolle. Acht von ihnen befinden sich noch immer in stationärer Behandlung.

**„Warnungen" der Mafia**

In den Tagen nach dem Pogrom wird die Vermutung vieler Beobachter bestätigt, dass die kalabrische Mafia - die ‚Ndrangheta – in Rosarno tonangebend gewesen ist. Das Dorf wird durch drei Beauftragte der Präfektur kommissarisch verwaltet, seitdem die Kommunalverwaltung wie auch an anderen Orten Kalabriens wegen Zersetzung durch die Mafia aufgelöst wurde.

Nach Auswertung von Filmaufnahmen aus rund 400 Kameras durch Ermittler und Staatsanwälte wurden Söhne von Mafia-Angehörigen bei den Auseinandersetzungen als Protagonisten identifiziert. Laut Polizeibericht waren auch weitere, wegen Mafia-Delikten Vorbestrafte, an ihrer Seite. Unter den Verhafteten vom 7. Januar ist Antonio Bellocco, Neffe des Bosses eines der beiden in Rosarno waltenden Mafia-Clans. Ein Video zeigt, wie er mit dem Auto an einem Migranten vorbeifährt, der einen Stock in der Hand hält und von den Carabinieri dazu aufgefordert wird, ihn wegzuwerfen. Als der Stock sein Auto trifft, steigt er aus und greift zuerst den Afrikaner an, der sich in der Zwischenzeit ergeben hatte, und dann einen der Carabinieri.

Rosarno ist eine Hochburg der ‚Ndrangheta, die 2007 einen Umsatz von rund 44 Milliarden Dollar verbuchte – immerhin 2,9% des italienischen Bruttoinlandprodukts oder soviel wie das gemeinsame BIP von Lettland und Slovenien. Der Kokainhandel macht den größten Teil ihrer Geschäfte aus. Auch das Geschäft mit den billigen Tagelöhnern aus Afrika wird von der ‚Ndrangheta kontrolliert. Die Schüsse mit der Schrotflinte könnten eine „Warnung" gewesen sein, weil Arbeiter ihr „Schutzgeld" nicht gezahlt haben.

Laut einem Bericht von Peacereporter haben Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Palmi ergeben, dass alle bekannten Schüsse in Rosarno aus dem gleichen Gewehr stammten, das mal mit Schrot, mal mit Patronen geladen war. Auf Arme und Beine zu schießen, ist eine typische Form der Sanktion und „Warnung" seitens der Mafia. Geschossen wurden nur auf die „Nivuri" („Schwarze" im lokalen Dialekt), nicht auf Chinesen, Ukrainer, Bulgaren und Maghrebiner.

Der Staatsanwalt Nicola Gratteri von der Antimafia-Abteilung ist „sicher, dass über den Ereignissen in Rosarno die Regie der Mafia liegt". Die Unruhen seien geplant worden, um die Aufmerksamkeit von einem Bombenanschlag am 2. Januar auf die Staatsanwaltschaft Reggio Calabria abzulenken. Dieser Anschlag wird der ‚Ndrangheta zugerechnet und sollte gemäß den Ermittlern die Staatsanwaltschaft davon abbringen, in bevorstehenden Berufungsverfahren gegen die Mafia harte Urteile zu fordern oder neue Prozesse zu eröffnen. Interessantes Detail: Während in Rosarno auf Migranten geschossen wird, tagt der italienische Sicherheitsrat mit Innenminister Maroni zum Bombenanschlag in Reggio Calabria. Tatsächlich kam die ‚Ndrangheta ihrem Ziel näher, der Anschlag wie auch die Verfahren sind aus dem Interesse der Öffentlichkeit verschwunden.

Die weltweit aktive ‚Ndrangheta ist auch in Deutschland tätig. Als beliebte Städte gelten etwa Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Frankfurt, Leipzig, München, ganz Baden-Württemberg und Thüringen. Vor drei Tagen hatte die italienische Polizei 17 Mitglieder des kalabresischen Bellocco-Clan wegen illegaler Immobiliengeschäfte und Betrug verhaftet. In ersten Meldungen wurde behauptet, die Maßnahmen hätten keinen Bezug zum Pogrom in Rosarno. Auch in Catania/ Sizilien vollstreckte die Polizei 32 Haftbefehle und beschlagnahmte Immobilien und Fahrzeuge. „Das ist die beste Antwort, die wir geben können", kommentiert der Innenminister.

**Regierung antwortet mit „Null Toleranz"**

Innenminister Maroni droht, alle Flüchtlinge und Arbeiter ohne Aufenthaltsstatus auszuweisen. „Ja, so ist es: wir wollen die Bürgerwehren", hatte der Lega Nord-Politiker erst letztes Jahr bekräftigt. Das Pogrom in Rosarno ist nach seiner Lesart das Produkt einer verfehlten Einwanderungspolitik und „falscher Toleranz". Die Unruhen kommen dem Innenminister gerade recht, um stattdessen „Null Toleranz" gegen illegalisierte Migration zu fordern.

Italien hatte im Sommer ein Sicherheitspaket verabschiedet, das auch die Unterstützung von Migranten ohne Aufenthaltsstatus unter Strafe stellt. Zudem gerät die Regierung regelmäßig wegen des Aufbringens von Flüchtlingsbooten („zur Umkehr Überreden") vor der lybischen Küste in die internationale Kritik. Bei den Manövern, die teilweise unter der Regie der EU-Grenzschutzagentur Frontex organisiert werden, kommt es regelmäßig zu Toten auf Hoher See.

Arbeitsminister Sacconi verspricht nun einen „Integrationsplan" gegen Schwarzarbeit und Intoleranz, Innenminister Maroni will die Landwirtschaftsverbände zur Bekämpfung der Schwarzarbeit mobilisieren – obwohl mehr als zwei Drittel der Migranten regulär angestellt sind und dies also kaum als Rechtfertigung rassistischer Unruhen hinreicht. Bildungsministerin Mariastella Gelmini beschloss erst kürzlich, dass keine Schulklasse mehr als 30% „Ausländer" aufnehmen darf.

Unterstützung bekommen die Minister von ihrem außenpolitischen Kollegen Franco Frattini, der auf einer Tour durch sieben afrikanische Länder „an die Wurzel" der Migration gehen will. Obwohl die meisten Saisonarbeiter einen gültigen Arbeitsvertrag haben, sieht Frattini undokumentierte Migration als „dramatische Kraft der tragischen Ereignisse in Rosarno". Nicht nur Italien, sondern ganz Europa sei durch die „systemische Instabilität" Afrikas gefährdet. Auf seiner Reise verfolgt Frattini allerdings ganz italienische Anliegen und möchte „die nationalen Interessen verteidigen und Möglichkeiten für italienische Firmen verbessern".

Erster Stop Frattinis wird Mauretanien, mit dem Italien bereits in der Flüchtlingsbekämpfung kooperiert, es folgen Mali, Äthiopien, Kenia, Uganda, Ägypten und Tunesien. Auf einer ähnlichen Reise Anfang letzten Jahres hatte Italien bereits mit mehreren anderen afrikanischen Staaten Abkommen zur Flüchtlingsabwehr und Polizeihilfe ausgehandelt (Mehr Benzin, weniger illegale Einwanderung), im Gegenzug wurde den Regierungen die Teilnahme am G8-Gipfel versprochen. Frattini wird sich in den afrikanischen Ländern vermutlich heftiger Kritik am italienischen Rassismus gegenübersehen. Das ägyptische Außenministerium verurteilte nach dem Pogrom in Rosarno die „aggressive Kampagne" gegen Migranten und forderte den Schutz arabischer und muslimischer Minderheiten. Auch zwei UNO-Berichterstatter hatten den Vorfällen in Kalabrien attestiert, „Resultat eines ernsthaften und tiefverwurzelten Rassismus" zu sein.

Kritik kommt unter anderem von der Kirche. Der Papst sieht sich bemüßigt, die Italiener zu erinnern, dass Migranten auch Menschen seien. Vor Gott gebe es keine illegalen Einwanderer, pflichtet der Erzbischof von Capua bei. Kardinal Crescenzio Sepe aus Neapel warnt, Einwanderer unter Generalverdacht zu stellen. Im Magazin des Gewerkschaftsbundes CGIL erklärt Antonio Calogero, Sekretär der Branchengewerkschaft für Landarbeit, dass in den letzten Jahren mehrmals „meutenartige Cliquen" Jagd auf Ausländer gemacht hätten. Das wahre Drama sei, dass es zu einem Bruch zwischen der örtlichen Bevölkerung und den Migranten gekommen sei. Die ‚Ndrangheta habe den Grad der Schärfe der Auseinandersetzung mit dem Staat erhöht, der mit dem Schüren von xenophober und rassistischer Spannung reagiere. Der Bürgermeister von Bari, Michele Emiliano, fordert nach Besuch der Geflüchteten im Auffanglager deren „außerordentliche Legalisierung".

Ein simpler Vorschlag gegen Schwarzarbeit, sklavenähnliche Zustände und damit nach in Italien herrschender Logik auch gegen Rassismus kommt vom Generalsekretär der Rifondazione Comunista, Paolo Ferrero. Wenn allen in Italien arbeitenden Ausländern eine Aufenthaltsgenehmigung zugesichert würde, fände die Ausnutzung der Migranten ein Ende. Für den 1. März organisieren Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Migranten einen Migrantenstreik, der durch die Ereignisse in Rosarno bereits jetzt große Aufmerksamkeit bekommen hat.

Die Revolte und das anschließende Pogrom markieren einen Wendepunkt. Nachdem Migranten nach jahrelangen Schikanen und miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen beinahe geschlossen aufbegehren, wird eine Stadt tagelang staatlicher Kontrolle entzogen und einem rassistischen Mob überlassen. Am Ende greifen Verfolgungsbehörden ein, um die Gejagten mit ihrer Wegschaffung erneut zu demütigen. Ein fatales Signal, das von den zahlreichen im Lande entstehenden Bürgerwehren verstanden werden dürfte.

*von telepolis*

KOPENHAGEN - ALLES NUR (MILLIARDEN) ZAHLEN?

## Impressionen, Einschätzungen und Ideen einiger Oldenburger Aktivist_innen

Kopenhagen. Das sind 518.574 Einwohner auf 88,25 km². Im Grunde genommen eine europäische Metropole wie jede andere. Vom 6. bis 18.12.09 war Kopenhagen Schauplatz der COP15 und der Proteste dagegen. Die Frage, wie viel die große Stadt von den Protesten rund um die COP15 mitkriegt, stellte sich vor Ort immer wieder. Der Verkehr war vielerorts zeitweise blockiert und die Massen an Bullenfahrzeugen, Cops und die beiden über der Stadt kreisenden Hubschrauber ließen jede_n wissen, dass etwas außergewöhnliches stattfand. Die eigentlich historische COP15 hatte jedoch keinen spürbaren Einfluss auf den alltäglichen Wahnsinn in der Stadt Kopenhagen. Ganz im Sinne des Spektakels hatte sich inmitten der großen Konsummeile „Hopenhagen" positioniert. Dabei handelte es sich, wie die Süddeutsche passend beschreibt, um „eine Art Jahrmarkt auf dem Rathausplatz". Riesige Globen, die von Künstler_innen gestaltet wurden und mithilfe derer Firmen wie Coca Cola, Siemens, BMW und Vattenfall ihr Image polieren. „Coca Cola – a bottle of Hope", dass für diese Flasche das Grundwasser in Indien verpestet wird, bleibt natürlich unerwähnt. Und wenn nicht "Hopenhagen", dann präsentierten sich die Europäische Agentur für Umwelt, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen oder Umweltorganisationen wie der WWF (in Partnerschaft mit Panasonic).

Der Grund für den massiven Polizeieinsatz war jedoch ein vom 11.-16.12.2009 stattfindender Protestmarathon mit täglichen Demonstrationen und dezentralen Aktionen. Diese umfassten im Vorfeld groß angekündigte Aktionen gegen Lobbygruppen und Großkonzerne, eine Großdemonstration, verschiedenen Demonstrationen zu spezifischen Themen (wie Klimaflüchtlinge und Landwirtschaft) und einer abschließenden durch zivilen Ungehorsam durchzusetzenden People's Assembly auf dem offiziellen Konferenzgelände. Natürlich immer begleitet von Unmengen an Presseleuten, welche mit Begeisterung versuchten spektakuläre Fotos zu schießen.

### Zwischen eisiger Kälte und Präventivhaft

Um das Spektrum der Menschen vor Ort zu beschreiben, lässt sich am besten auf die Großdemo am Samstag blicken, denn sie war Sammelbecken für alle politischen Ausrichtungen, Organisationen und Selbstverständnisse. Das Ziel der Demo war aber ganz klar ein reformistisches: durch eine große Zahl von Menschen auf der Straße sollte politischer Druck auf die COP15 ausgeübt werden, um so das Ergebnis positiv zu beeinflussen. Dennoch beteiligten sich auch viele systemkritische Menschen an der Demo, die sich größtenteils um den „System change – not climate change"-Block versammelten. Dieser wurde nach verlassen der Innenstadt recht schnell aus der Demo gegriffen, um die Aktivist_innen anschließend nach äußerlichen Kriterien (schwarze Kleidung, systemkritische Banner) zu verhaften bzw. in die Demo zurückzuführen. Hier funktionierte anscheinend mal wieder die Spaltung in "gute" und "böse" Demonstrant_innen, denn eine Solidarisierung in der Demo fand nicht statt. Zwar entschlossen sich einzelne Gruppen und Einzelpersonen beim Kessel zu verharren, dem Großteil der Demonstration wurde diese Information jedoch von den Organisatoren vorenthalten (Zitat: „Wir haben dahinten 100.000 Leute stehen, wir können nicht auf 100 warten").

Dieser Vorfall auf der Großdemo sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei dem harten Kern von ca. 3000 Leuten die sich dazu entschieden den Gipfel über eine Woche mit Protesten zu begleiten, trotz Gewaltfrage ein solidarisches Miteinander möglich war. So bewegten diese sich die ganze Woche zwischen eisiger Kälte und Präventivhaft.

Besonders hervorzuheben scheinen uns hier die Landwirtschaftsaktivist_innen von Via Campesina, die konkrete Alternativen praktizieren und die vielleicht gerade deshalb entschlossen auftraten. Im Gegensatz zu den meisten Menschen vor Ort konnten sie auf funktionierende Strukturen verweisen, die ihre eigenen revolutionären Ansätze bestätigten. Via Campesina zeigte so Möglichkeiten zur Radikalisierung des Alltags auf, ohne dabei eventorientiert zu denken. Ein weiterer bemerkenswerter Ansatz kam von einem schwedischen landwirtschaftlichen Kollektiv, welches aus selbstangebautem Gemüse eine köstliche Suppe kochte, die während einer Aktion an einem Discount-Supermarkt verteilt wurde.

Wir denken, dass solche Ansätze und Aktionen Anknüpfungspunkte für Menschen aus großen NGOs sein könnten, da deren Arbeit (die Großdemo und der Umweltlobbyismus) sich als nicht wirksam erwiesen haben. Insgesamt fiel auf, dass viele Umweltaktivist_Innen radikaler Kritik durchaus offen gegenüberstanden.

### Gibt es Megaphone in Kopenhagen ?

Radikal linke Politik bedeutet zwangsweise einen sehr engen Kontakt mit den staatlichen Repressionsorganen. Neu in Kopenhagen war das sogenannte„Lümmelpacket", welches von Anfang an die Proteste beeinflusste. Am stärksten wahrgenommen haben wir als Aktivist_innen die von der dänischen Polizei häufig angewendete Präventivhaft von bis zu 12 Stunden (statt wie bisher 6). Insgesamt hatte die verschärfte Repression einen starken Einfluss auf den Protest selbst. So erschwerte sie schon im Vorfeld die Mobilisierung, hielt den Protest während des Gipfels unter Kontrolle und konnte jeglichen Widerstand schon im Keim ersticken.

Unserer Meinung nach müssen linke Bewegungen lernen mit der sich verschärfenden Repression umzugehen und sich so strategisch weiterzuentwickeln. Statt weiter in starren Verhaltensweisen rund um Großevents zu verharren sollte das „Gipfelhopping" erneut hinterfragt und über alternative Protestformen nachgedacht werden.

Das entschiedene Auftreten auf der NoBorders Demo in Form von einer geschlossenen Kette um den gesamten Demozug war für uns ein erster Lichtblick, da es auf den vorherigen nicht einmal Megaphone zur Koordinierung gab. Ebenso der Widerstand im Klimagefängnis, denn selbst nach der präventiven Festnahme endete der Protest der Aktivist_innen nämlich noch lange nicht. Stundenlange Sprechchöre und das Demolieren der Zellen wurde hier-

bei brutal von den Cops unter Pfeffersprayeinsatz versucht zu verhindern. Der Einsatz von Knüppeln und Hunden blieb ebenfalls nicht aus. „Dauerstörer_innen" wurden schließlich in den Käfigen zusätzlich mit Kabelbindern gefesselt und jegliche "Möblierung" wurde entfernt. Trotzdem waren die inhaftierten Menschen nicht zu entmutigen und die Zeit in den Käfigen wurde zu einer intensiven kollektiven Erfahrung.

Im Gegensatz zu der Polizei vor Ort waren die Aktivist_innen des Legalteams jedoch nicht mit der großen Zahl der Festgenommenen überfordert und stellten Busse zur Verfügung, die die Entlassenen wieder in die Stadt brachten.

**Essen und Schlafen – mehr nicht ?**

Ähnlich wie das Legalteam war die gesamte Infrastruktur der Protestbewegung in Kopenhagen vorbildlich aufgestellt. Sie war in der Lage weitgehend unabhängig von Parteien und ähnlichen Institutionen zu arbeiten und so eine Grundversorgung der vielen Aktivist_innen zu gewährleisten.

So z.B. die Voküs vor Ort , die wider allen Schwierigkeiten köstliches Essen zur Verfügung stellten und, neben den Samba-Gruppen, für gute Laune sorgten.

Es erwies sich jedoch als schwierig an den Entscheidungsprozessen vor Ort teilzuhaben, da es an Transparenz und interner Kommunikation mangelte. Möglicherweise erschwerte, wie so häufig, die Angst vor Überwachung die Öffnung der Strukturen, woran aber eigentlich nicht die Kommunikation zwischen den beiden großen Schlafplätzen hätte scheitern dürfen.

Möglicherweise lag dies aber auch an der Einstellung vieler Aktivist_innen von außerhalb, die die bestehenden Strukturen nutzten ohne sich selbst an diesen zu beteiligen.

Bedingt durch die schwierige interne Kommunikation kam es zu einer Überlastung von den bereits langfristig arbeitenden und so etablierten Strukturen. Einige dieser Gruppen (insbesondere die Mediengruppe) vereinnahmten die Außenwirkung des Protestes stark. Da dies unserer Meinung nach ziemlich gefährlich ist, muss für die Zukunft über alternative Konzepte nachgedacht werden.

**Wollen wir die Welt retten ?**

„Das Scheitern des Kapitalismus ist bloß die Voraussetzung für andere Entwicklungen – erst der Erfolg praktischer Alternativen wird wirklich Veränderung bringen."

Rosa Luxemburg Stiftung in „Die Krise des Finanzmarkt - Kapitalismus"

Die Welt steht derzeit vor einer Vielzahl von Krisen. Innerhalb der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung kann keine akzeptable Lösung für Wirtschaftskrise, Ernährungskrise, Klimakatastrophe und Ressourcenverknappung gefunden werden. Das Hirngespinst unendlichen Wachstums auf einer endlichen Welt ist nur eines von vielen Beispielen, welche die „Denkfehler" der kapitalistischen Produktionsweise darlegen. Selbst in den höchsten Kreisen entsteht ein Bewusstsein dafür, dass der gesellschaftliche Status Quo, das neoliberale Wirtschaftsmodell, nicht das Ende der Geschichte sein kann. Es stehen jedoch derzeit millionenschwere wirtschaftliche Interessen im krassen Widerspruch zu Klimaschutz und den Bedürfnissen vieler Menschen.

Betrachten wir die linken Bewegungen in Zeiten der Krise, scheinen diese genauso hilflos wie die Regierungen zu sein. Doch gerade im Zusammenhang mit den Widersprüchen kapitalistischer Gesellschaftsmodelle gilt es Alternativen zu finden, aufzuzeigen und die Zusammenarbeit mit dem globalen Süden auszubauen.

Vielleicht ist es zu viel verlangt gleich die ganze Welt zu retten und zu verändern, jedoch gibt es genug Ansätze um lokal damit anzufangen (beispielsweise die Konzepte der Ernährungs- und Energiesouveränität).

Gerade der undogmatischen Linken sollte es eigentlich nicht schwer fallen neue und bessere Modelle des Zusammenlebens zu erträumen und dann auch zu erkämpfen. Oder haben wir es uns in unseren Nischen bereits zu bequem gemacht ?

Zum ersten Mal stehen „wir" unter Zeitdruck, denn der Klimawandel ist keine weit entfernte Apokalypse, sondern, vor allem im globalen Süden, bereits bittere, soziale Realität. Die „letzte Schlacht" steht vielleicht kurz bevor. Angesichts dessen müssen wir uns als radikale Linke die Frage stellen, ob wir diese aus unserer jetzigen Situation heraus überhaupt gewinnen können ?

Einige Oldenburger Aktivist_innen

## Wöchentlich

| | | |
|---|---|---|
| Mo. | 19:00 | Crush Hour Concerts |
| Mo. | 19:30 | Antira-Plenum OI/BI |
| Mo. | 20:30 | Antifa-Café |
| Mo. | 21:00 | Mumia-Bündnis |
| Di. | 20:00 | Subklub |
| Do. | 20:00 | Vokü, danach Kneipe |
| Do. | 21:00 | Oldenburger Rechtshilfe |

## März 2010

| | | | |
|---|---|---|---|
| Do. | 4.3. | 20:00 | Cownerie-Varieté |
| Fr. | 5.3. | 22:00 | Mash up di place |
| Sa. | 6.3. | 22:00 | Lesbischwule Mottoparty |
| Fr. | 12.3. | 23:00 | Drum`n Bass Party: Rehab |
| Sa. | 13.3. | 22:00 | Frauenparty |
| Do. | 18.3. | 22:00 | Sputnikkonzerte: Iva Nova |
| Fr. | 19.3. | 23:00 | Teonanacatl |
| Sa. | 20.3. | 22:00 | Männerfabrik |
| Fr. | 26.3. | 22:00 | Ska Lights: Skalinka + Costo Rico |
| Sa. | 27.3. | 23:00 | Rosa Disco |
| Mo. | 29.3. | 22:00 | Crush Hour Concerts: La Casa Fantom |

## April 2010

| | | | |
|---|---|---|---|
| Fr. | 2.4. | 22:00 | Mash up di place |
| Sa. | 3.4. | 22:00 | Homophilias – Party für Lesben und Schwule |
| Fr. | 9.4. | 21:00 | Rocknacht: Run or Die |
| Sa. | 10.4. | 23:00 | Ein psychedelisch Tanzvergnügen 3.0 |
| Fr. | 16.4. | 23:00 | Teonanacatl |
| Sa. | 17.4. | 22:00 | Männerfabrik |
| Mo. | 19.4. | 21:00 | Crush Hour Concerts: Little Teeth |
| Do. | 22.4. | 22:00 | Punkkonzert |
| Fr. | 23.4. | 22:00 | Electro Sugar IV (Antira-Soli) |
| Sa. | 24.4. | 23:00 | Rosa Disco |
| Fr. | 30.4. | 22:00 | Crush Hour Concerts: messerdisko + itty minchesta |

## Infoladen roter strumpf

| | |
|---|---|
| Mo. | 18h - 21h |
| Di. | 16h - 19h |
| Mi. | 16h - 19h |
| Do. | 18h - 21h |

## Monatlich

| | | |
|---|---|---|
| 1. Mi. | 20:00 | FrauenLesbenKneipe |
| 2. Fr. | 20:30 | NutzerInnenplenum |